

richtet und an dem Charakter des Verteidigungskrieges nicht rüttelt: „Niemals würden es die Deutsch-Österreicher verstehen, daß wir diesen schrecklichen Krieg für Eroberungswünsche eines fremden Staates führen wollen.“ Deutlich wird der Wunsch ausgesprochen, der neue Staatssekretär v. Sinje möge seine Absichten dem Wiener Kabinett mitteilen und sich bei der Aufstellung seiner Kriegsziele weiß machen lassen: „Ich hoffe nur von ganzem Herzen, daß der Minister des Aeußeren die Kriegsziele Deutschlands kennt, daß sie nach wie vor rein defensiver Natur sind, und daß der Charakter des Verteidigungskrieges unverfehrt aufrechterhalten geblieben ist.“

Zimmer wird ein ehrlicher Vermittler in dem fürchtbaren Völkermorden hoch willkommen sein. Leider muß an der Fähigkeit Österreichs die Hoffnung der Entente ist, solange seine inneren Wirren zu dem Schlusse zu berechtigen scheinen, daß es unbedingt Frieden haben müsse, auch einen Frieden auf Rote in Deutschland, solange wird bei allen Verhandlungen der Wunsch der Entente im Hintergrunde stehen, Österreich-Ungarn durch einen Sonderfrieden von Deutschland abwendig zu machen.

In der deutschen Presse ist gelegentlich die Gzeminsche Rede als eine Kandidatenrede aufgefaßt worden, die dem Grafen den Weg zum Posten des österreichischen Ministerpräsidenten bahnen soll. In der Tat weisen einige Umstände, so eine auffällige Audienz bei Kaiser Karl, auf einen gewissen Einfluß hin. Allein es besteht kein Zweifel, daß, wie heute die Dinge liegen, Graf Czernin von dem größeren Teile der Österreicher mit noch heftigeren Haß beehrt würde als Herr v. Seidler. Der schiedliche Sozialdemokrat Lufar hat ihn — und er sprach für sein ganzes Volk — einen nichtsnutzigen Aristokraten genannt, der das politische Leben Österreichs vergiftet habe. Die Polen jürnen ihm wegen des Prestes Friedens, in dem das von ihnen beanspruchte Cholmer Land an die Ukraine abgetreten wurde, und wegen des gleichzeitig eingeleiteten Geheimvertrags mit der Ukraine, in welchem die Teilung Galiziens in ein polnisches und ukrainisches Sprachgebiet versprochen wird. Graf Czernin hat diese Politik in seiner Rede zu rechtfertigen versucht und gesagt, es sei nicht verständlich, weshalb die Teilung Galiziens unmöglich sein sollte, wenn die Teilung Böhmens durch die Kreisverordnungen möglich gewesen sei. Mit diesem Ausspruch wird er Herrn v. Seidler einen schlechten Dienst erwiesen und die Polen in ihrer Opposition nur bestärkt haben. Denn bisher suchte sich die österreichische Regierung aus ihren Nöten zu retten, indem sie den Polen versicherte, daß das, was in Böhmen geschehen ist, nicht notwendig auch in Galizien geschehen müsse. Graf Czernin hat das in der formellsten Weise demütiert.

Die Tschechen haben im Abgeordnetenhaus beantragt, den Ministerpräsidenten wegen des verfassungswidrigen Erlasses der Kreisverordnungen in den Anklagezustand zu versetzen. Der Antrag wird am Montag behandelt und wahrscheinlich am Dienstag zur Abstimmung gebracht werden. Dann kommen die Räte des Budgetprovisoriums und der Kriegskredite, für die einstweilen noch keine Mehrheit zu sehen ist. Und wenn Seidler fällt, was dann?

Japans Intervention beschlossen?

Amsterdam, 20. Juli. Reuter meldet aus Tokio: Japan hat beschlossen, in Sibirien zu intervenieren. Die notwendigen Maßnahmen sind getroffen.

Dieser sehr bestimmt gefaßte Reuterbericht wird durch folgende amerikanische Meldung modifiziert:

New York, 20. Juli. „Associated Press“ meldet aus Washington: Die Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und Japan über den Charakter der Intervention in Rußland werden fortgesetzt. Eine Uebereinstimmung wurde bisher nicht erzielt.

Durch diese Meldung wird das, was Reuter über Japans Beschlüsse mitteilt, insofern aufgehoben, als gesagt wird, daß noch gar nicht feststeht, zu welchem Ziele und in welchem Umfang Japan intervenieren wird. Die Opposition, die der Intervention in Japan widerspricht, hat allem Anschein nach formell nachgegeben, um bei der Ausführung erneut wirksam einzusetzen.

Nach einer gestrigen Londoner Meldung erfährt die „Times“ aus Tokio vom 15.: Heute trat der Rat der alten Staatsmänner zu einer vierstündigen Sitzung zusammen, auf die ein außerordentlicher zweistündiger Ministerrat folgte. Der Vertreter der Zeitung „Asahi“, der über verlässliche Nachrichten verfügt, glaubt, daß der Rat und die Regierung seit entschlossen sind, ihren Interventionsplan trotz der Opposition durchzuführen. Da die Opposition mächtig ist, kann man einen starken politischen Kampf erwarten.

Nach der Meldung der „Associated Press“ wäre also zu schließen, daß die japanische Opposition noch keineswegs endgültig geworden ist. Wie es in einer gestern aus Tokio einlangenden Mitteilung hieß, wird Japan jede Behinderung seiner Bewegungsfreiheit in der Verwendung seiner Truppen ablehnen. Es will bei der Haltung bleiben, die es bisher während des Weltkrieges innerhalb der Entente als vorteilhaft erprobt hat.

Der zweite Tag der Gegenoffensive.

Berlin, 20. Juli. Der 19. Juli, der zweite Tag der verlustreichen Fokischen Gegenoffensive, brachte den deutschen Truppen wiederum einen großen Abwehrerfolg. Unter Aufbietung aller Kräfte versuchte der Feind erneut, den am Vortage nach schweren Blutopfern mislungenen Durchbruch zu erzwingen. Bereits um 5 Uhr vormittags löbete heftiges Trommelfeuern die Wiederholung der feindlichen Durchbruchversuche an. Tiefregulier, mit frischen Kräften und zahlreichen Tankgeschwadern rannete der Gegner gegen unsere Linien zwischen Kise und nordwestlich Chateau Thierry von neuem an. Mit einer Verschwendung von Menschenmaterial wie seinerzeit Nicolas Nicolajewitsch und Brusslow, trieb sich immer wieder seine Sturmtruppen in das mörderische deutsche Feuer hinein. Galt es doch für den Entente-Generalstabschef als unerschütterliche und persönliche Pflichtgegründen, hier unter allen Umständen einen Erfolg großen Stils zu erringen. Unser zusammengefaßtes Artilleriefeuer schlug verheerend in die Reihen des anstürmenden Feindes, sie ist mit ausgezeichneter Plankwirkung treffend. Auf allen rückwärtigen Straßen führte sich ständig neue Reserven heran. Auch diese schickte vernichtend unter auf liegendes Fernfeuer. Unter den feindlichen Truppenansammlungen, Vereinstellungen und Kolonnen räumten unsere Schützengruppen durch sorgfältige Bombenabwürfe rücksichtslos auf. Hierbei wurden zahlreiche in Geschwadern versammelte Tanks außer Betrieb gesetzt. Feindliche Schwadronen haben fluchtartig auseinander.

Der Morgenanbruch des Feindes war um die Mittagzeit, teils im Feuer vor unseren Linien, teils nach heftigem Ringen im Gegenstich, zum Scheitern gebracht.

Vor der ganzen Front liegen zahlreiche zerstörte Tanks umher.

Im Verlauf der ersten Nachmittagsstunden folgte ein von frischen Kräften geführter Angriff, der vor unseren Linien vollständig zusammenbrach. Um 6 Uhr 30 Min. abends lag wiederum Trommelfeuern auf unserer südlich der Kise gehaltenen Linien. Der von uns rechtzeitig erkannte Angriff brach gleichfalls unter schwersten Feindverlusten zusammen. Auch auf der Front weiter südlich bis nordwestlich Chateau Thierry setzten sich am Nachmittag die Anstrengungen des Feindes, unsere Linie zu durchbrechen, fort. Hier richtete sich nachdringlicher feindlicher Druck vor allem gegen unsere Linien südlich Sillemonstire. Durch kraftvollen Gegenangriff wurde der Feind über seine Ausgangsstellungen zurückgedrängt. Auch südlich des Durca, wie ebenfalls südlich der Glignon-Bach waren alle Angriffsbewegungen des Feindes umsonst. Das Ergebnis des gestrigen Kampftages, an dem der Feind andauernd, von stets frisch nachgezogenen Kräften genährte Angriffe auf der etwa 40 Kilometer langen Kampffront zu immer neuen Durchbruchversuchen ansetzte, waren für ihn schwere Verluste an Menschen und Material, ohne daß er im entferntesten seinen beabsichtigten Durchbruchsziele nahekam. Die Größe des Sieles, das sich ihm gestellt hatte, geht aus der Vereinstellung Karler bereiteter Kavalleriekräfte hervor.

Der 19. Juli, als einer der blutigsten Tage selbst dieses für die Entente so verlustreichen Jahres brachte den Feind um all seine Hoffnungen und versagte dem Entente-Generalstabschef den schließlich erwarteten Erfolg.

Fransösischer Berichtsbericht vom 19. Juli nachmittags. Zwischen Kise und Warne brachen die französischen Truppen den Widerstand der Deutschen, die neue Reserven heranzöhrten, machten gestern gegen Tagesende merklliche Fortschritte und erhöhten die Gefangenzahl. Die Schlacht geht mit Erbitterung weiter. Auf der ganzen Front westlich Reims machten die Franzosen gestern lebhaften Angriff. Südlich der Rarne nahmen die Franzosen Monboisje wieder und verjagten den Feind aus den Waldgränden östlich von Reuilly. Nördlich des Flusses rückten die Franzosen im Königswald und im Courton-Wald vor und schoben die französische Linie zwischen Lapoterne und Pouch einen Kilometer nach Westen vor. Weiter nördlich nahmen Italiener die Andre-Mühle und gewannen Gelände in der Gegend von Bouilly. Im Verlauf ihres Vorgehens nahmen die Franzosen vier Geschütze und 30 Maschinengewehre und machten 400 Gefangene. Zwischen Montdidier und Reims sowie in der Woivre brachten Handstreich gegen die deutschen Linien ungefähr 100 Gefangene ein.

Die Gegenrevolution in Rußland.

Die Ententevertreter an die Sowjetregierung.

Abn, 20. Juli. Die diplomatischen Ententevertreter haben durch den amerikanischen Gesandten dem Kommissariat für Auswärtige Angelegenheiten erklären lassen, daß sie die Ueberführung nach Moskau ablehnen, da sie sich in Wologda sicher genug fühlten und Moskau eher von den Deutschen bedroht ersahen.

Man könnte in dieser, zunächst noch nicht verbürgten Erklärung eine Art Antwort auf die Proteste sehen, die die Sowjetregierung an die Vertreter der Entente, zuletzt auch an den Moskauer amerikanischen Konsul gerichtet hat. Die Mitteilung kennzeichnet sicherlich die Lage zwischen den Alliierten und der Moskauer Regierung.

Moskau, 17. Juli. Die Presse meldet: Birsk, im uralischen Osten nördlich von Ufa gelegen, ist von den Tschechen eingenommen. Die Rätegruppen ziehen sich zurück.

Die Kommission der mohammedanischen Politiker zur Berufung eines Verfassungsgebenden Kongresses der tartarobaschkirischen Republik hat die Einberufung desselben nach Ufa beschlossen.

Schanghai (undabiert). (Reuter.) Klegjew hat eine neue Regierung zwischen Tomsk und Kischni Udinsk gebildet, um mit Horbat zusammenzuwirken.

Die Bildung dieser neuen Regierung besagt, daß das den Bolschewiki verloren gegangene sibirische Gebiet sich über Omsk nach Osten jetzt bis an die Grenze des Irkutsker Gebietes ausdehnt.

Kien, 19. Juli. Laut Meldung des Stabes der Don-Kosaken dauert der Vormarsch der Bolschewiki im Nordostgebiet an. Gegenangriffe bei Uchupinsk blieben erfolglos. Die Rote Garde besetzt im Bezirk Choder Stanija Ledinskaja und im Bezirk Ustmedweditskaja Stanija Lasanowskaja, Sturmienskaja, Udinskaja, Njepenskaja.

Moskau, 19. Juli. Die hiesige Presse meldet: In der Gegend von Omsk gehen die Sowjettruppen von der Station Jalsufowod auf Station Bagantinsk (südöstlich Tschinenz) zurück. In Perm, Kischni-Nogorod und Jurgjewsk ist der Zustand der Weisgarbisten unterdrückt. In Archangel werden täglich 20 Choleraerkrankungen gemeldet; in Saratow 120.

Der Numanowjet hat im Einvernehmen mit den englischen und französischen Kommandierenden beschlossen, daß alle russischen Formationen dem Sowjet unterstehen. Die Ententevertreter sollen lediglich den Sowjettruppen beistehen. Die Entente verpflichtet sich, Instruktionen, Ausrüstungs- und Fortbewegungsmittel zu schaffen, die Bevölkerung, Beamten und Arbeiter zu versorgen und mit allem Notwendigen zu versorgen. Ententevertreter bringen an der Numanowjet vor und scheinen Archangelst von Wologda abzuschneiden zu wollen. Die unter englischem und französischem Protektorat in Archangel stehenden serbischen und italienischen Abteilungen werden entwaffnet.

Am 14. Juli haben im Gouvernement Saratow bei Birsk die Kämpfe zwischen Tschecho-Slowaken und Kosaken einerseits und Sowjettruppen andererseits von neuem begonnen, desgleichen leben die Kämpfe an der Kralbahn bei Wolsk auf. Die Verbindung zwischen Wologda und Kischni sind noch unterbrochen.

Baku, Bati, Gagra und Karfur sind von Sowjettruppen besetzt worden.

Anmerkung des W. I. B.: Bei den dauernden Verkehrsstörungen und lokalen Kämpfen in Rußland ist es fast unmöglich, die Nachrichten auf ihre Zuverlässigkeit zu prüfen.

Das wirtschaftliche Kriegsziel der Alliierten.

London, 20. Juli. Lord Robert Cecil erklärte in einem Gespräch über die Wirtschaftspolitik der Alliierten: Als die Resolutionen der Pariser Wirtschaftskonferenz niedergelegt wurden, hatten wir ein Bündnis von acht Nationen. Die Welt außerhalb dieses Bündnisses einschließlich der Vereinigten Staaten würde nach Friedensschluß ihre Waren an den, der am meisten begabte, verkaufen haben. Die Pariser Wirtschaftskonferenz war ein reines Defensivabkommen von denen, die damals am Kriege beteiligt waren, um die eigenen Wälder zu sichern und Sorge zu tragen für die Wiederherstellung der im Kriege

verwüsteten Gebiete Serbiens, Polens, Belgiens, Frankreichs und Italiens. Der Bund der acht Staaten hat sich zu einer Vereinigung von 24 erweitert. Jetzt handelt es sich nicht mehr darum, ein enges Verteidigungsbündnis zu schließen, sondern die wirtschaftlichen Grundzüge der Vereinigung der Nationen, die bereits besteht, festzustellen. Diese wirtschaftlichen Grundzüge sind am 8. Januar von Wilson näher umschrieben worden: Möglichkeit weitgehender Niederlegung aller wirtschaftlichen Schranken und Handelsfreiheiten zwischen allen Nationen, die für den Frieden eintreten und sich vereinigen, um ihn aufrecht zu erhalten. Dieser Erklärung stimmen wir zu, aber sie bedeutet nicht, daß die vereinigten Nationen keine Schutzgölle, keine internationale Konferenz haben werden. Um es in den Worten der internationalen Arbeiter zu sagen: „Das Recht jeder Nation auf die Verteidigung ihrer eigenen wirtschaftlichen Interessen, sowie angeht die Knappheit in der Welt auf die Sicherung ausreichender Lebensmittel und Rohstoffe kann nicht in Frage gestellt werden.“

Aber ein Ziel muß die umfassende Regelung des einheitlichen Verkehrs mit allen Gliedern der Vereinigung haben in der Weise, daß jeder, ohne den nationalen Sicherheit Abdruck zu tun, den Bedarf der übrigen Beteiligten decken und zu ihrer Entwicklung beitragen hilft. Das einzige Hindernis dieser wirtschaftlichen Vereinigung der Nationen ist Deutschland. Es hat die schwächeren Nationen sich wirtschaftlich tributpflichtig gemacht. Außer der Däse und den Dardanellen hat Deutschland jetzt auch die Donau unter seine Kontrolle gebracht, indem es die internationale Kommission besetzte. Solange der Krieg dauert, müssen wir alles tun, um die wirtschaftlichen Grundlagen der deutschen Militärmacht zu zerstören. Eine völlige Sinnesänderung der deutschen Regierung ist notwendig, damit Deutschland als Teilnehmer dieser wirtschaftlichen Gemeinschaft zugelassen werden kann.

Die Auslassungen Lord Cecils laufen darauf hinaus, daß Deutschland, um ein Mitglied des Völkerbundes werden zu können, durch Zerstörung der wirtschaftlichen Grundlagen seiner Weltstellung (nicht nur seiner Militärmacht) in den Kreis der schwächeren Nationen herabgedrückt werden muß. Was England diesen bedeutet, liegt in etlichen Jahrhunderten der Weltgeschichte mit Blut und Wunden tragisch gebucht, und die letzten Blätter hat der Weltkrieg gefüllt.

Lord Cecil hat jetzt das Amt eines Blockadeministers aufgegeben. In diesem Amt aber ist er schonungslos tätig gewesen, die alten Brände des britischen Seebolschismus gegen die Reiche des europäischen Festlandes zu üben und als verbrieft Rechte zu festigen. Es liefert zu seiner Rede eine pikante Illustration, daß er, wie gelagt wird, das Blockadeamt deshalb habe aufgeben müssen, weil er in seiner Auffassung von den Rechten der Neutralen noch nicht durchaus als ein wackelhafter Sachwalter der Politik der schärfsten Richtung sich erwiesen habe. Aber diese schärfste Richtung ist doch immer für ihn oberste Instanz gewesen, und so wird er auch in seinem neuen Amt als Unterstaatssekretär des Auswärtigen keineswegs ihr Widersacher sein. Denn diese Richtung ist obenauf und würde Lord Cecil nicht mehr auf irgendeinen Weg in der Regierung dulden, wenn er anders wollte als sie. Daß er nicht anders will, läßt eben seine Rede erkennen.

Lord Cecil feiert den Völkerbund und tut das in einer Form, die deutlich genug zulage treten läßt, daß diese einst von Wilson proklamirte und alsbald von Grey aufgegriffene Idee das neue Mittel sein soll, um zu verhüllen, daß die europäischen Festlandstaaten deshalb niedergeworfen werden sollen, damit es ihnen nicht, wie in der Ostsee, an den Dardanellen und an der Donau geschehen, gelangt, von den englischen Einberungen einer freien wirtschaftlichen Entwicklung loszukommen.

Bern, 20. Juli. „Manchester Guardian“ verlangt, daß die Verbündeten eine Verständigung mit Bulgarien suchen, um auf diesem Wege an das Schwarze Meer zu gelangen, um so Deutschlands gefährlichen Plan im Osten zu vereiteln. Hier lägen nähere Möglichkeiten vor, als in dem sibirischen Unternehmen. Die Vereinigten Staaten könnten dabei wertvolle Hilfe leisten, da sie noch im Friedenszustand mit Bulgarien leben, aber Wille tue not.

Das neue englische Ausländergesetz.

Naturalisationsperrre gegen feindliche Ausländer.

London, 19. Juli. (Reuter.) Unterhaus. Im Laufe der Debatte über das Gesetz betr. die britische Staatsangehörigkeit und die Stellung der Ausländer hat sich die Regierung mit einer neuen Bestimmung einverstanden erklärt, wonach während einer Zeit von fünf Jahren nach Kriegsende keinem feindlichen Untertan eine Naturalisationsurkunde ausgestellt werden soll, außer wenn es sich um eine Person handelt, die in einem der alliierten Heere gedient hat oder Angehöriger einer Rasse oder einer Gemeinschaft ist, die dafür bekannt ist, daß sie gegen den feindlichen Feind in Opposition steht oder endlich eine Person, die als britischer Untertan geboren wurde. Das Gesetz wurde dann in dritter Lesung angenommen.

Das Blatt der Vierzig.

Das Organ des rechten Flügels der sozialistischen Partei Frankreichs, die „France Libre“, die mit dem 1. Juli erscheint, ist mit auererkennungswerter Offenheit bemüht, schwarz auf weiß darzutun, daß die Gruppe der Vierzig, als deren Organ es fungiert, zur Garde Clemenceaus gehören will. Dies Ziel trennt sie von der sozialistischen Mitte um Renaudels „Humanité“ und von der sozialistischen Linken, deren Blatt Longuets „Populaire“ ist. Sie will unbedingt den Sieg für Frankreich, also den Krieg bis in die Ewigkeit, den die Verfaller Parole der Alliierten in wildem Trotz gegen alle Friedensarbeit proklamirte hat, und sie umkleidet dies Ziel mit den Worten: „Frieden des Rechts durch den Sieg, die Rückgabe Elsaß-Lothringens und die Errichtung eines Völkerbundes.“ Wie es in der ersten Nummer der „France Libre“ zu lesen stand.

Dieser Gruppe, zu deren Hauptern die Abgeordneten Bavenne, Compere-Mocel, Lefevre, Albert Thomas gehören, scheint indessen das Odium ein Produkt der Clemenceau-Epoche zu sein, unbedenken aufzuliegen. In einem Artikel ihres Blattes vom 6. Juli geht sie auf ihren Ursprung ein, für den sie als ältestes Datum einen Zeitpunkt kennt, der beträchtlich vor Clemenceaus Regierungsantritt gelegen ist. Interessant aber ist dieser Urkeim der Vierzig deshalb, weil er ein Stück Geschichte der Stockholmer Konferenz bedeutet, nämlich der Gegenbewegung, die diesen starken Friedensakt zu vereiteln einsetzte.

Das Blatt der Vierzig befand:

Die Gründung der „France Libre“ datiert nicht von gestern: sie datiert vom 22. Mai 1917, als mehrere Sozialisten, Deputierte, Schriftsteller usw. sich zusammensetzten, um Einspruch zu erheben gegen den Beschluß des Parliaments, sich an der Stockholmer Konferenz zu beteiligen. Die Einspruchsbewegung war eine

entscheidende und heilige Aktion. Ohne sie wäre der französische Sozialismus untergegangen in Verzweiflung und Schande. Er hätte sich auf die schiefste Ebene des Bolschewismus begeben. Durch eine eigenartige Verbindung von Erleuchtung und Machiavellismus, von Verhöhnung und Schmeichelei wurde der Parteiausschuss vom 27. und 28. Mai dazu gebracht, auf seine Fahnen den Namen Stockholm zu schreiben, — einen Namen, den man verhöhnen und bekämpfen mußte. Stockholm! Ein deutsches Randwort, eine deutsche Fälschung, — die ganze Doppelgängerigkeit der deutschen Sozialdemokratie, vereinigt mit den Betrügereien der deutschen Regierung. Stockholm! Das ist die ganze Verlogenheit und Verfaßtheit des neutralistischen Sozialismus, der Borgbjerg und Troelstra, den freiwilligen Knechten des alldeutschen Imperialismus. Stockholm! Das wäre der Verlehr mit den Verrätern der Menschheit und des Sozialismus, die Preisprechung der schlimmsten Verbrecher der Weltgeschichte. Stockholm! Das hieße die Auslieferung der Internationale der Gerechtigkeit an die Internationale der Gemaltätigkeit und Boshaftigkeit. . . .

Daß dieses kriegerische Verlesnis jetzt herausgespielt wird, hat einen sehr aktuellen Grund, den die weiteren Zeilen nennen. Zum Glück, so heißt es da, sei Stockholm nur noch eine „traurige Erinnerung“. Im nächsten Satze wird jedoch gesagt: „Aber die Konferenz ist noch nicht tot.“ Wie ein böserartiger Tier, das verschiedene Formen und Namen annimmt, schleiche sie „um und herum“ und es sei die Pflicht der „France Libre“, dies Tier zu töten. Mit welchem Kriegsschrei gegen jeden Versuch, nach Wegen der Verständigung hinzuarbeiten, schließt dieser Ausbruch eines kriegerischen Patriotismus, der mit Sozialismus nichts mehr zu tun hat. „Keine Konferenzen, sondern Anschläge gegen die deutsche Sozialdemokratie! Keine Konferenzen, sondern Vernichtung des Bolschewismus.“

Mit diesem Ansturm gegen das Werk, das die sozialistische Internationale trotz aller Gegenströme zu leisten hat, stellt das Blatt der Bierzig die Einheit, die bisher die französische Partei trotz aller Meinungsverschiedenheiten sich zu erhalten suchte, in größter Weise in Frage. Aber die neue Gruppe kennt ihren Todfeind. „Die Konferenz ist noch nicht tot.“ In diesem Zeichen wird schließlich um die Einheit der französischen Partei gerungen werden.

Der Zar erschossen.

Übermals kommt die Nachricht, daß der Zar gewaltsam getötet worden ist. Das Ende Juni, als die Bogen der Gegenrevolution plötzlich stark aufbrannten, in Umlauf gesetzte Gerücht bewahrheitete sich nicht. Es war allem Anschein nach als ein Mittel angewandt, die Erregung in Rußland noch mehr aufzupeitschen und gegen die Bolschewiki zu lenken. Die jetzt kommende Meldung wird für wahrscheinlicher gehalten, und wieder wird den Bolschewiki die Tat zugeschoben. Wolffs Bureau teilt mit:

Nach einer aus Moskau hier eingegangenen Meldung ist der frühere Zar von Rußland am 16. d. M. in Jekaterinenburg erschossen worden. Anlaß dazu war das Veranlassen tschecho-slowakischer Banden, denen die Rote Uralregierung den früheren Zaren nicht lebendig überlassen wollte.

Die das „Berliner Tageblatt“ meldet, hat die russische Botenschaft auf alle Anfragen erklärt, das Gerücht dürfe jeder Grundlage entbehren. Es ist aber diesmal nicht mehr zu bezweifeln. Eine weitere Meldung aus Moskau sagt, daß der Zar laut Urteil des Ural-Sowjets in Jekaterinenburg erschossen worden ist. Die „Djedneta“ meldet die Hinrichtung angeblich in folgender Form: „Durch den Willen des revolutionären Volkes ist der blutige Zar aufs glücklichste in Jekaterinenburg verurteilt. Es lebe der Rote Terror.“

Ein Dekret vom 18. Juli erklärt das gesamte Eigentum des Czaren sowie der Czarininnen Alexandra und Maria und sämtlicher Mitglieder des ehemaligen Kaiserhauses als Besitz der russischen Republik. Eingegriffen in die Konfiskation sind sämtliche Einlagen der Czarenfamilie in russischen und ausländischen Banken.

Zum Kampf um die Staatsform in Finnland.

Genosse Dr. Eduard David schreibt uns: Die „Korrespondenz Ost Europa“ bezieht eine Zuschrift aus Helsingfors, die sich gegen meine neulich im Reichstag gemachten Ausführungen über Finnland und den Präsidenten Ewinhusud wendet. Ich hatte Bezug genommen auf ein Gespräch, das ich mit Herrn Ewinhusud gelegentlich seiner Anwesenheit in Berlin hatte und in dessen Verlauf der jetzige Vorkämpfer für die finnische Monarchie mir hoch und heilig versichert, niemand in Finnland denke an die Einführung dieser Staatsform, die Finnen seien alle miteinander Demokraten, Republikaner, einer wie der andere.

Die Zuschrift aus Helsingfors behauptet nun, meine Mitteilungen entsprächen nicht den Behauptungen des Herrn Ewinhusud. Dieser habe nur auf eine Behauptung meinerseits, „eine der Ursachen des finnischen Aufstandes sei darin zu suchen, daß die bürgerlichen Kreise ein Königreich planten, während die Arbeiterklasse die republikanische Staatsform vertrete“, darauf hingewiesen, daß ja der finnische Senat selbst schon im Dezember 1917 dem Landtage eine Vorlage auf Einführung der Republik gemacht habe. Der Landtag und insbesondere seine sozialdemokratischen Mitglieder hätten es also damals in der Hand gehabt, die Vorlage anzunehmen; statt dessen hätten sie es vorgezogen, den Aufbruch zu machen. Bis dahin habe tatsächlich niemand in Finnland an eine Monarchie gedacht. Erst die Erfahrungen in den Monaten Januar bis April hätten die Regierung zu der Ueberzeugung gebracht, daß die monarchische Staatsform allein im Stande sei, Finnlands Zukunft zu sichern.

Diese Ausführungen entkräften das, was ich gesagt habe, in keiner Weise. Sie lassen nur von der Hauptsache abulenken. Ich habe in jenem Gespräch, das sich an eine Auseinandersetzung in einem größeren Kreis von Abgeordneten angeschlossen, mit meinem Wort behauptet, daß die Furcht vor einem vom Bürgertum geplanten Königtum die Sozialdemokratie in den Bürgerkrieg getrieben habe. Um einen solchen nämlich und nicht einen „Aufbruch“ gegen eine legitime Gewalt handelt es sich. Den Anlaß zu der gültigen Behauptung des Herrn Ewinhusud gab vielmehr eine Anekdote meinerseits über gewisse unterirdische Zusammenhänge zwischen der finnischen Expedition und der Frage einer Thronkandidatur. Das löste eine heftige Verwahrung von Seiten des Herrn Ewinhusud aus, deren Kern war, daß niemand und am wenigsten ein so überzeugter Republikaner wie er selbst einen solchen Plan hege. Dieses Gespräch fand am 16. März statt. Die Erfahrungen vom Januar bis April, die nach der Zuschrift Herrn Ewinhusud und seine Freunde aus Republikanern in Monarchisten umgewandelt haben sollen, waren also damals schon gemacht. Sie lassen sich darum nachträglich unmöglich als Erklärung für den Gesinnungswandel des finnischen Reichsoberwesers in unsere Unterhaltung hinein konstruieren. Auf das psychologische Problem dieses Gesinnungswandels, oder was es sonst sein mag, will

ich nicht eingehen. Ich begnüge mich, festzustellen, daß der Tatbestand meiner Mitteilung unerschüttert bleibt.

Weiter habe ich in meiner Reichstagsrede jedem Anwärter auf den finnischen Königsthron den guten Rat gegeben, bevor er sich auf das Experiment einläßt, seine Verurteilung durch den Beschluß einer wirklich demokratisch gewählten Landesversammlung beständigen zu lassen. Die Zuschrift aus Helsingfors meint nun, wenn ich gewußt hätte, daß die finnische Volksvertretung nach dem demokratischen System der Welt gewählt werde, so hätte ich mich sicher vor der Behauptung gehütet, daß der Beschluß des Landtags noch durch eine nationale Versammlung bestätigt werden müsse. — Der Artikelreiber aus Helsingfors darf schon annehmen, daß mir das finnische Wahlrecht, das unter 200 Abgeordneten 103 Sozialdemokraten in den letzten legalen Landtag brachte, nicht unbekannt ist. Was aber den jetzigen, durch den Machtgriff der Kerenski-Regierung entstandenen Landtag anbetrifft, so kann er schon deshalb keinen Anspruch darauf erheben, ein getreuer Ausdruck des Willens des finnischen Volkes zu sein, weil von den 91 sozialdemokratischen Mitgliedern nur noch etwa 20 in der Lage sind, ihre Stimme dort abzugeben. Die Mandate der übrigen sind von der obliegenden Partei kassiert worden und ihre Träger sehen sich, soweit sie nicht geflohen sind, der Miß- und Nachjustiz ihrer bürgerlichen Gegner ausgeliefert. Aber selbst in dem so verkrüppelten Kampfpalast scheint Herr Ewinhusud das monarchische Projekt nur mit Ach und Krach durchsetzen zu können. Einer Pressemeldung zufolge soll der Ausschuss des Landtags sich dem Vorschlag auf Einführung der Monarchie mit 16 gegen 15 Stimmen angeschlossen haben. Danach kann man sich vorstellen, wie das Votum des vollbesetzten Landtags in dieser Sache, die Herr Ewinhusud unter dem Druck der Kabinetsfrage gestellt hat, ausfallen würde. Die Zeit für Minderheitsregierungen und Parteimonarchien läuft ab.

Die vom Machtantritt umfangenen neuen Herren arbeiten dabei nach berühmten Mustern. Neben der Mißjustiz gegen die „Kabelstuhler“ sollen die Zerstückelung der Arbeiterorganisationen, Anhebung der Preise und sonstige ausnahmerechtliche Maßnahmen der finnischen Arbeiterbewegung das Lebenslicht ausblasen. Aber so wenig wie Vidmar mit der deutschen Sozialdemokratie, so wenig wird Herr Ewinhusud mit der finnischen auf die Dauer fertig werden. Die Frucht, die aus dieser Saat des Hasses hervorgeht, wird dem Säemann wenig Freude bereiten.

Nach einer Meldung des „Hamburger Fremdenblattes“ soll sich der finnische Landtag mit 57 gegen 53 Stimmen für die Monarchie ausgesprochen haben. Zur Beschlußfassung ist aber Zweidrittelmehrheit notwendig, während sich in Wirklichkeit nur etwas mehr als ein Viertel des normalerweiterten Abgeordneten zählenden Landtages zur Monarchie bekannt haben. Die der Beschluß ausgefallen wäre, wenn die 90 „behinderten“ Abgeordneten hätten mitstimmen können, ist nicht zweifelhaft.

Stockholm, 20. Juli. Die „Nya Dagligt Allehanda“ aus zuverlässiger finnischer Quelle erfahren, hat der finnische Gesandte in Berlin, Staatsrat Ojelt, bei seinem letzten Besuch in der Heimat dem dortigen Senat den Bescheid überbracht, daß Kaiser Wilhelm seinen seiner Söhne als Kandidaten für den finnischen Thron aufgestellt wissen wolle.

Die Wahlreform in Ungarn.

Budapest, 19. Juli. Die Gesetzesvorlage über die Wahlreform wurde vom Abgeordnetenhaus mit großer Mehrheit angenommen.

Große Mehrheit bedeutet nicht große Bortrefflichkeit des Gesetzes. Was im gegenwärtigen ungarischen Parlament eine große Mehrheit erzielt, hat zwar die Billigung eines Autokraten wie Tisza, nicht aber die der breiten Volksmassen. Doch diese die jetzt bestellte Kompromißreform ablehnen, ist im Abgeordnetenhaus vom Grafen Androssy und außerhalb von der Sozialdemokratie in aller Deutlichkeit ausgesprochen worden.

Die englischen Flieger gegen Londern. Kopenhagen, 10. Juli. „Nibe Stiftstidende“ teilt mit: Morgens 4 Uhr flogen drei englische Flieger, vermutlich Grape-Doppeldecker, nordwestlich von Vester-Bejst kommend in südöstlicher Richtung gegen Londern. Etwas später kehrte ein Flugzeug zurück. Zwei englische Flugzeuge kürzten bei Gulbager und auf Stallinge ab. Der Inzesse des bei Gulbager herabgefallenen Flugzeuges verbrannte den Apparat, er wurde nach Søbjerg übergeführt.

Die Frauenstimmrechtsfrage in Ungarn. Der Regierungsantrag betreffend die Einführung des Stimmrechts für Frauen, welche höhere Schulbildung genossen haben oder auf Grund selbständigen Erwerbs hundert Kronen Steuer zahlen, wurde abgelehnt.

Hinges Anknunft.

Offiziell wird gemeldet, daß der bisherige Gesandte in Kristiania, Admiral v. Hinge, sein neues Amt als Staatssekretär des Auswärtigen angetreten hat. Wenn Graf Hertling zur Verteidigung dieses nun nicht mehr überraschenden Beschlusses ausgeführt hat, daß er selbst der einzige dem Reichstag verantwortliche Beamte sei, so ist er damit formal im Recht, sachlich aber wird das Verhältnis zwischen Kanzler und Reichstag sehr wesentlich davon beeinflusst, mit welchen Mitarbeitern sich der oberste Reichsbeamte umgibt. Daß die Ersetzung des Herrn v. Kühlmann durch Herrn v. Hinge den Wünschen der Reichstagsmehrheit keineswegs entspricht, ist genug bekannt, und dieser Umstand muß auch auf das Verhältnis zwischen Kanzler und Reichstag zurückwirken.

Das Vertrauen, das die Alldeutschen dem neuen Mann entgegenbrachten, ist nun stark gedämpft durch die Erklärung des Kanzlers über Belgien. Herr v. Kühlmann hat sich seinerzeit darüber beklagt, daß er mit starken „Bindungen“ in sein Amt eingetreten sei, die hätten ihn behindert, die Politik im Dienst so zu treiben, wie er es für richtig gehalten hätte. Herr v. Kühlmann hat diese Bindungen nicht abgeschüttelt, er hat sich ihnen, willig oder nicht, gefügt. Ob die Bortkessel, die der Reichskanzler dem neuen Staatssekretär geschmiebelt hat, stark genug sein wird, ihn zu halten, muß dahingestellt bleiben. Aber an sich ist es schon ein beklagenswerter Zustand, wenn ein neuer Mann sein Amt antritt nicht in dem frohen Gedanken, nach seiner Ueberzeugung wirken zu können, sondern mit dem Gefühl, unter dem Druck von Vorgängern und Vorgesetzten zu stehen und mit dem heimlichen Wunsch, sich von diesem Druck irgendwie zu befreien.

Die „Frankfurter Zeitung“ hat dieser Tage sehr bemerkenswerte, auf intimer Sachkenntnis beruhende Bemerkungen über das „Tschuwaboku“ unserer auswärtigen Politik gemacht, die wir auszugsweise wiedergaben. Wäre

es wahr, daß Herr v. Hinge, wie behauptet wird, die Abgabe einer neuen Erklärung über Belgien für inopportun gehalten hat, daß sie aber dennoch erfolgte, so wäre das ein neues Beispiel für dieses unerfreuliche Durcheinander. Aber wie dem immer sei, jedenfalls steht das Thermometer des Vertrauens auf Null, und Herr v. Hinge bleibt noch alles zu tun übrig, um zu beweisen, daß er der richtige Mann an der richtigen Stelle ist.

Der neue Staatssekretär sandte dem Grafen Burian ein Telegramm, das mit den Worten schließt: „Als schönstes Glück aber würde ich es betrachten, wenn es Gottes gnädiger Hilfe in nicht zu ferner Zeit gelänge, die Erfolge unseres treu bewährten Bündnisses durch einen siegreichen, ehrenvollen Frieden zu krönen.“ — Der L. u. I. Minister des Auswärtigen antwortete: „Einen ehrenvollen gerechten Frieden, welchen wir alle zum Wohle der gesamten Menschheit herbeisehnen, werden wir am raschesten und sichersten erreichen, indem wir in unbeeuglicher und kraftvoller Einigkeit ausharren.“

Die Wahrheit über das neue Zentrumsprogramm.

Die von dem Reichsausschuss der Zentrumsparlei veröffentlichten 25 „Punkte“, die Richtlinien für die Parteiarbeit, sind von den bedeutendsten liberalen Blättern als das Programm des Zentrums bezeichnet worden. Die „Germania“ behauptete, dies Programm beantworte klar und einwandfrei die Frage: Was will das Zentrum?; es nehme „zu allen Problemen unseres politischen Lebens Stellung“.

Nun aber kommt das Organ der katholischen Arbeitervereine, die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ (Nr. 20), und schreibt:

„Wie wir sehen, handelt es sich bei diesen Richtlinien nicht um ein regelrechtes Programm. Der Reichsausschuss hält die jetzige Stunde, da noch alles in Bewegung ist, nicht für die richtige, um mit einem klaren, auf die aktuellen Zeitfragen angelegten und alle freitigen Punkte umfassenden Programm herauszutreten. In diesen Richtlinien ist eigentlich nur festgehalten, was gemeinsame Auffassung aller Zentrumsmitglieder genannt werden kann; bewußt ausgeschaltet sind die Fragen, in denen innerhalb der Partei selber noch keine Einigkeit herrscht. Gegenüber dem bisherigen Zustande, da keinerlei Zusammenfassung von Grundsätzen bestand, bedeuten diese Richtlinien einen erfreulichen Fortschritt, wenn sie auch naturgemäß ein aktuelles Parteiprogramm nicht ersetzen können. Aus ihnen kann und wird sich einmal ein solches Programm herausbilden.“

Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ weiß, daß der letzte Satz nicht in Erfüllung gehen wird. Aus den Richtlinien wird und kann sich kein Programm entwickeln, weil die Zentrumsparlei kein Programm haben will und kein gebrauchen kann.

Wie sollte ein wirkliches Programm aussehen, das all den in der Zentrumsparlei vereinigten auseinanderstrebenden Elementen gerecht würde: den Verbrauchern und den Produzenten, den Arbeitern und den Unternehmern, den Industriellen und den Juristen, den Großkapitalisten und dem Mittelstand, den Großagrarier und den Kleinbauern, den Proletariats und den Grafen?

Die unheimlichen Formeln und breiigen Wortgebilde der „Richtlinien“ werden es dem Zentrum noch wie vor ermöglichen, den schärfsten Mann aus dem Volke zu beschwichtigen und ihn darüber hinwegzutäuschen, daß das Zentrum eine im wesentlichen konfessionsgerichtete Partei ist, die der Zeit nur dort Jugendschicksale macht, wo das eiserne Rad der Selbsterhaltung sie dazu zwingt.

Zum Solinger Skandal.

Zu dem Skandal, den sie am letzten Donnerstag verübten, müssen sich die Solinger Unabhängigen von einem bürgerlichen Blatt, dem „Generalanzeiger für Solingen“, folgendes sagen lassen:

So wie der getrige Abend auf jeden Besonnenen, der ihn miterlebte, tief beschämend und niederig mitternd. Während wir mühsam ein wenig Freiheit des Gedankens und des Wortes zu erkämpfen streben und uns freuen, daß jetzt wenigstens eine Scheidemann-Versammlung nicht mehr durch die Zensur unmöglich gemacht wird, müssen wir talos zusehen, wie diese Freiheit mit Keulen erschlagen wird, und gerade von denen, die sich der Welt anpreisen als Bringer der besseren, freieren Zukunft. Daß gerade Solingen der Ort sein mußte, den sich die Unabhängige Sozialdemokratie mit ihrem von fern und nah herangeschleppten Anhang zu dieser Erdrosselung stat ausgesucht hat, wird wohl nicht allein von uns, sondern von einem großen, ja dem überwiegenden Teil auch der Solinger Arbeiterschaft als eine Demütigung und ein Schimpf empfunden werden.

Wie die Arbeiterschaft über diesen organisierten Raub einer Handvoll Leute denkt, hat mittlerweile die Effener Gegendemonstration bewiesen, über die wir gern berichten.

Verteilung des Ranges einer Zentralbehörde an den Großen Generalstab. Folgende kaiserliche Verfügung ist ergangen: „Ich bestimme, daß der Große Generalstab in Würdigung seiner Aufgaben und Verdienste in der Rangordnung den Zentralbehörden gleichgestellt wird.“ — Es handelt sich um eine Erhöhung des Generalstabes, die natürlich am Gefüge der Befehlshaber nichts ändert.

Letzte Nachrichten.

Verhandlung zwischen Dänemark und Island.

Kopenhagen, 20. Juli. Nach einer amtlichen Meldung aus Reykjavik haben die Verhandlungen, die wegen der gegenseitigen haarschneidenden Beziehungen zwischen Dänemark und Island in Mesjaviß geführt wurden, zu völliger Verständigung geführt, wodurch den langjährigen Zwistigkeiten ein Ende bereitet wurde. Das Abkommen ist gestern unterzeichnet worden und hat isländischerseits fast einstimmige Genehmigung gefunden. Der isländische Alting ist gestern geschlossen worden und wird im September wieder zusammenzutreten, um über das Abkommen zu beraten. Wenn die Annahme durch den Alting erfolgt, wird über das Abkommen unter den isländischen Wählern eine öffentliche Abstimmung vorgenommen werden.

Kämpfe in Jekutsk. — Verschwörung in Orenburg.

Wostan, 18. Juli. Die hiesige Presse meldet: Laut Meldung des Divisionsführers schlugen die Kaisertruppen eine die Station Alonowo mit 5 Geschützen angreifende 3500 Mann starke Abteilung Kosaken zurück; 150 Kosaken, darunter 20 Offiziere wurden gefangen, ein Geschütz und 8 Maschinengewehre erbeutet. In Jekutsk schlugen örtliche Bergarbeiter Angriffe Weißer Garde zurück.

In Orenburg ist eine Verschwörung von Offizieren und Intellektuellen unter Teilnahme von Sozialrevolutionären aufgedeckt worden. Die Waffen wurden den Verschwörern aus den Depots der Roten Armee gestiefert.

Gewerkschaftsbewegung

Die Gewerkschaftskartelle im Jahre 1917.

Das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission veröffentlicht die Statistik der deutschen Gewerkschaftskartelle und bemerkt dazu unter anderem: Die Gewerkschaftskartelle haben unter dem Kriegszustand stark zu leiden. Die schwer sie betroffen wurden, läßt sich ermessen an dem starken Rückgang der Zahl der berichtenden Kartelle seit Kriegsbeginn. Im Jahre 1916 berichteten 771 Kartelle. An der Statistik des Jahres 1914 sind dagegen nur 578 Kartelle beteiligt. Die Beteiligungsziffer sinkt dann weiter im Jahre 1915 auf 524, im Jahre 1916 auf 499 und im Jahre 1917 auf 453 Kartelle. Es scheint, daß mit dieser niedrigsten Ziffer der tiefste Stand erreicht ist, denn seit dem Vorjahre ist der Rückgang der Zahl nur sehr gering. Eine erhebliche Aufwärtsbewegung dürfte allerdings zunächst nicht zu erwarten sein. Da nicht alle Kartelle Berichte ein-gelassen haben, so ist die Zahl der bestehenden Kartelle übrigens erheblich höher, als die in der Statistik zum Ausdruck kommende.

Das 453 an der Statistik beteiligten Kartellen waren am Schluß des Jahres 1917 zusammen 5433 Gewerkschaften mit der Gesamtzahl von 1 053 492 Mitgliedern angeschlossen. Davon kommen 14 Zweigvereine mit 3602 Mitgliedern auf den Verband der süddeutschen Eisenbahner und 5419 Zweigvereine mit 1 040 800 Mitgliedern auf die der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände. Das Vorjahr wies 837 492 Mitglieder auf, es ist also ein Mehr von 216 910 Mitgliedern zu verzeichnen, obwohl von der Statistik weniger Kartelle erfasst wurden und einige größere Orte fehlen. In dieser Vermehrung der Mitglieder kommt die im Jahre 1917 eingetretene Aufwärtsbewegung der Gewerkschaften zum Ausdruck.

Die Art der Tätigkeit der Kartelle hat sich unter dem Kriegszustand stark geändert. Der öffentlichen agitatorischen Tätigkeit der Gewerkschaften sind so enge Grenzen gezogen, daß sie fast ausschließlich aufgehoben angesehen werden kann. Die Förderung der Bildungsbestrebungen, zu deren Pflege besonders die Kartelle berufen sind, ist unerbunden. Die wertvollsten Einrichtungen der Kartelle sind die Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftsstellen. Der Wert der unentgeltlichen Rechtsberatung für das wertvollste Hilfsmittel während des Krieges ungewiss, noch fraglicher, es ist deshalb recht erfreulich, wenn die Gewerkschaften die größten Anstrengungen machen, diese Rechtsberatungs-einrichtungen über die schwere Kriegszeit hinweg zu erhalten. Im Jahre 1917 unterhielten die Kartelle 111 Arbeitersekretariate, die gleiche Zahl wie im Vorjahre. 122 Kartelle haben Rechtsauskunftsstellen. Die Zahl dieser Einrichtungen wird jedoch größer sein, da viele Kartelle nicht berichteten. Gewerkschaftsbüros mit angestellten Beamten waren, wie im Vorjahre, in 21 Orten vorhanden. Von den 543 Kartellen besitzen 342 gemeinsame Bibliotheken und 82 Kartelle unterhalten 342 gemeinsame Bibliotheken und 82 Kartelle unterhalten 214 Jugendkommissionen in 214 Orten.

Die eingetretene Erstarren der Gewerkschaftsbewegung — so wird in den Schlussbetrachtungen des „Correspondenzblatt“ bemerkt — kann wohl als ein Beweis dafür angesehen werden, daß die Arbeiter-schaft wieder mehr von dem Gefühl des gemeinsamen Handelns erfasst wird und im Zusammenschluß mit den Klassen-genossen, in dem Eintritt in die Berufsorganisation die sicherste Wahrung ihrer Lebensinteressen erblickt.

Teuerungszulagen der Steinseher.

Der Vorstand des Verbandes der Steinseher, Pflasterer und Berufs-genossen hat beim Reichsverband der Unternehmer eine Erhöhung der Teuerungszulagen beantragt. Da die bisherige Behandlung der Frage der Teuerungszulagen durch zentrale Verhandlungen und zentrale Vereinbarungen eine befriedigende Lösung nicht herbeiführen kann, so beantragt der Vorstand des Steinseherverbandes, die zentrale Regelung der Teuerungszulagen aufzuheben und diese nach den örtlichen Verhältnissen zu bemessen. Für den Fall, daß die Unternehmerorganisation mit dieser Regelung nicht einverstanden sein sollte, wird beantragt, vom 19. August ab die Stunden-löhne bis 60 Pf. um 30 Proz., bis 75 Pf. um 25 Proz., über 75 Pf. bis 90 Proz. zu erhöhen und auf die so erhöhten Löhne eine Mindest-teuerungszulage von 50 Proz. zu gewähren. Falls bis zum 1. Februar 1919 der Friedensschluß mit England noch nicht eingetreten ist, soll sich die Teuerungszulage von Halbjahr zu Halbjahr in den angegebenen drei Lohnklassen um 15, 12½ und 10 Proz. erhöhen. — Sollte auch dieser Antrag keine Annahme finden, so wird beantragt, vom 19. August ab eine Teuerungszulage (die als Mindest-zulage zu gelten hat) zu bewilligen, die bei einem Stundenlohn bis zu 60 Pf. 100 Proz., über 60 bis 75 Pf. 90 Proz., über 75 Pf. 80 Proz. beträgt.

Der Verband der Brauerei- und Mälzerei-Arbeiter hatte — wie sein feierliches Jahresbuch angibt — am Schluß des Jahres 1917 einen Mitgliederbestand von 17 902 gegenüber 51 464 am Ende des zweiten Quartals 1914. Im vergangenen Jahr führte der Verband 434 Lohnbewegungen in 1000 Betrieben mit 27 406 Beteiligten. Die Zahl der Bewegungen und der an ihnen beteiligten Personen ist geringer als im Vorjahre, was nicht zuletzt auf den Rückgang der Betriebe und der Zahl der Beschäftigten zurückzuführen ist. Das materielle Ergebnis der Bewegungen ist, daß für 27 406 Personen die wöchentliche Einkommen um 104 715,50 M. aufgebessert wurde. Das ergibt eine durchschnittliche Erhöhung des Wochen-löhnes von 7,10 M. für den einzelnen. 169 Bewegungen erfolgten zur Abwehr. Sie erzielten sich auf 73 Orte, 174 Betriebe mit 9177 Beschäftigten. An den Abwehrbewegungen waren 8069 Personen beteiligt. 145 Abwehrbewegungen hatten vollen Erfolg. Im Berichtsjahr wurden 11 Streiks mit 948 Beteiligten geführt. Die Streiks waren von sehr kurzer Dauer. Sie erzielten für 164 Personen eine wöchentliche Lohnerrhöhung von 722 M. oder im Durch-schnitt 4,40 M. pro Person und Woche.

Akkordabzüge in den königlichen Betrieben in Spandau.

Dem schlechten Beispiele einiger Privatbetriebe sind nunmehr auch die königlichen technischen Institute in Spandau gefolgt und haben einen Teil der Akkordabzüge nicht unwesentlich herabgesetzt.

Als Ausgleich für die ständig steigende Teuerung der Lebens-mittel und Bedarfsartikel ist den Arbeiterauschüssen der Entwurf einer neuen Lohnordnung überreicht worden, der für einen erheblichen Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen eine wesentliche Ver-diensterhöhung vorsieht.

Die alte Lohnordnung, die seit dem Jahre 1904 bestand, ist während des Krieges gegenstandslos geworden. Diese Lohnord-nung mit ihren strengen Grundzügen ließ sich nicht aufrecht er-halten. Die rasende Verteuerung der Lebenshaltung bedingte auch eine nicht unwesentliche Steigerung der Löhne. Die Lei-tungen der einzelnen Institute erhielten freie Hand, um den Be-dürfnissen des Tages Rechnung zu tragen. Die Verdienste pahlten sich im wesentlichen der Privatindustrie an, und es lag deshalb kein Anlaß für die Arbeiter vor, Klage zu führen.

Im Jahre 1917 wurde dann eine Kriegs-Lohnordnung heraus-gegeben, deren Höhe an sich ungenügend waren, die jedoch den Vor-zug hatte, eine möglichst einfach gehaltene Grundlage darzustellen.

Kun wird nicht bestritten, daß auch in den Spandauer Be-trieben ein Teil der Arbeiter ganz nennenswerte Verdienste erzielt hatte. Aber diese Verdienste sind meist nicht das Ergebnis von Akkorderhöhungen, sondern sind auf das Konto intensiverer Aus-nutzung der Arbeitskraft zu setzen. Der Krieg hat diese Betriebe bedeutend vergrößert. Der größte Teil der gegenwärtig beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, es dürften jetzt ungefähr 62 000 sein, sind erst während des Krieges eingetreten. Diese Arbeiter haben die Erfahrungen, die sie früher in Privatbetrieben gesammelt haben, auch in den königlichen Betrieben angewandt. Durch viele Verbesserungen, die die Arbeiter in der Produktion vornahmen, trat eine wesentlich rationellere Arbeitstätigkeit ein. Hinzu kommt, daß ein nicht unerheblicher Teil der in Spandau bestehen-den Akkordabzüge noch heute die gleichen wie im Frieden sind. Die Verdiensterhöhung ist also lediglich auf Konto der Arbeiter zu setzen.

Anfang dieses Jahres machten die Arbeiterauschüsse gemein-sam den Versuch, für die am schlechtest gestellten ungelerten Ar-beiter eine Erhöhung des Verdienstes zu erzielen, leider ohne Erfolg. Die Wünsche dieser Arbeitergruppen, die unter der Last des Krieges und der ungeheuren Teuerung am schwersten zu leiden haben, fanden keine Berücksichtigung. Nun ist vom Bund eine neue Lohnordnung ausgearbeitet worden, und man hätte erwarten dürfen, daß nunmehr die längst fälligen Aufbesserungen der unteren Lohnklassen erfolgen würden. Dies ist leider nicht geschehen, denn die paar Pfennige, die diese Gruppen mehr erhalten sollen, können unmöglich als eine Aufbesserung angesehen werden.

Aber etwas anderes brachte die neue Lohnordnung. Die Ver-dienste der gelernten und angelernten Arbeiter und Arbeiterinnen wurden erheblich herabgesetzt. Diese Vorschläge haben zu einer wesentlichen Beunruhigung der Arbeiterschaft der königlichen Be-triebe geführt.

Es nun schon die Absicht der Lohnreduzierung für die Ar-beiterschaft unverständlich, so noch viel mehr die Ursache, die dazu geführt hat. Diese Maßnahmen sind nämlich auf Veranlassung des Verbandes Berliner Metallindustrieller, ob direkt oder indirekt ist nebensächlich, zurückzuführen.

Dem Verband Berliner Metallindustrieller waren schon seit längerer Zeit die Verdienste in Spandau ein Dorn im Auge. Diese Arbeitgeberorganisation demüht sich eifrig, die Löhne der Arbeiter möglichst niedrig zu halten, und um ständig eine Uebersicht zu haben, wieviel in den einzelnen Betrieben den Arbeitern an Lohn gezahlt wird, erfolgen in ganz bestimmten Zeiträumen statistische Erhebungen.

Der Verband Berliner Metallindustrieller hat nun auf die Be-hörde eingewirkt, sich auch für die Spandauer Betriebe an dieser Statistik zu beteiligen. Diesem Ersuchen hat die Behörde ent-sprochen, und dadurch bekam der Verband Berliner Metallindu-strieller endlich genaues Einblick in die Lohnverhältnisse der königlichen technischen Betriebe in Spandau. Die Folge bleibt nicht aus, denn die neue Lohnordnung ist die Folge dieser Maßnahme.

Schon in der Begründung der neuen Lohnordnung wird ge-sagt, daß das Kriegsamt die Absicht hat, sich künftig nach den Durchschnittsverdiensten der Privatindustrie zu richten, und dem-gemäß überall da Kürzungen eintreten zu lassen, wo der Verdienst den Durchschnitt übersteigt.

Es mag dahingestellt sein, ob es Pflicht der Staatsbetriebe ist, sich jeweils nach den Verdiensten der Privatindustrie zu richten. Aber auch wenn man sich wirklich auf diesen Standpunkt stelle, muß man das auch konsequent durchführen. Der Verband Berliner Metallindustrieller umfaßt lange nicht alle Arbeitgeber. Einige Großbetriebe, ein großer Teil mittlerer und kleinerer Be-triebe sind dem Arbeitgeberverband nicht angeschlossen. Diese kommen in der Statistik auch nicht zum Ausdruck. Es ist nun eigen-tümlich, daß gerade in den vorgenannten Betrieben wesentlich höhere Verdienste als in den meisten Betrieben des Verbandes Ber-liner Metallindustrieller bestehen. Es ist aber weiter in der Ber-liner Industrie üblich, daß die Betriebe, die etwas weiter von

Berlin entfernt liegen, höhere Löhne gezahlt, und zwar als Aus-gleich für die erhöhte Aufwendung von Fahrzeit und Fahrgehalt beim Erlangen der Arbeitsstelle. Alle diese Umstände werden in der Statistik nicht berücksichtigt und finden auch keine Berücksichtigung in der neuen Lohnordnung des Bunds. Dazu kommt weiter, daß die Statistik des Verbandes Berliner Metallindustrieller unter Ausschluss der Öffentlichkeit erscheint, was an sich zu bedauern ist, denn wenn diese Zahlen irgendwie bekannt würden, dann müßte mit einem Schlage das dumme Gerüde von den ungeheuren Ver-diensten der Berliner Munitionsarbeiter verstummen. Zum an-deren besteht nicht die geringste Kontrolle bei der Aufstellung der Statistik. Die Unternehmer stellen die ermittelten Zahlen völlig einseitig auf. Die Arbeiterauschüsse haben weder Einsicht noch Kontrolle darüber, und die Zusammenstellung erfolgt ebenso ein-seitig von dem Arbeitgeberverband. Mehr wie einmal konnte schon festgestellt werden, daß die Ermittlungen der Arbeiterorganisa-tionen ein anderes Resultat gezeigt haben, als die Statistik des Verbandes Berliner Metallindustrieller, und diese Statistik ist nun die Grundlage der neuen Arbeitsordnung für die königlichen Be-triebe.

Mit diesen Vorschlägen konnten die Arbeiter nicht einverstanden sein, und nach einer Aussprache im Kriegsamt, die zwischen Ver-tretern desselben und den Obkuten der Arbeiterauschüsse statt-fand, haben die Obkuten einen eigenen Vorschlag für eine neue Lohnordnung ausgearbeitet, der den Wünschen der ungelerten Ar-beiter in etwas Rechnung trägt und zum anderen auch die höheren Verdienste beschneidet. Dieser Vorschlag, der mit keinen Änderun-gen die Zustimmung der gesamten Mitglieder aller Arbeiteraus-schüsse gefunden hat, ist darauf den Betriebsleitungen eingereicht worden.

Darüber sind bereits einige Wochen ins Land gegangen und die Arbeiterauschüsse haben nichts mehr von der Sache gehört. In-zwischen nehmen die Abzüge in Spandau lustig ihren Fortgang Trostend es in der neuen Lohnordnung des Bunds ausdrücklich heißt, daß es nur ein Entwurf sein soll, wird dieser Entwurf, soweit Einschränkungen in Frage kommen, sofort in die Tat umgesetzt. Die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter wird dadurch sicher nicht ge-fördert und den Schaden hat der Staat. Die Arbeiter haben doch gar kein Interesse daran, die Produktion zu fördern, wenn sie wissen, daß ihnen Abzüge drohen.

Das Verhalten der Betriebsleitungen steht aber auch in direktem Widerspruch mit der Spruchpraxis des Kriegsausschusses für die Metallbetriebe Groß-Berlins. Erst kürzlich hat der Kriegsaus-schuss bei einem größeren Privatbetrieb, der seine Arbeiterschaft ebenfalls mit Abzügen beglücken wollte, in einem Schiedsspruch erklärt, daß Abzüge in der gegenwärtigen Kriegszeit nicht gerecht-fertigt sind und daß, wenn die Firma trotz alledem in einzelnen Fällen auf eine Reduzierung bestehen sollte, diese Herabsetzung der Akkordpreise nur mit Zustimmung der Arbeiterauschüsse eintreten kann.

Dieser Schiedsspruch ist die einmütige Ansicht des Kriegsaus-schusses. Auch die Spandauer Betriebe unterliegen diesem Kriegs-ausschuss. Der Spruch hat deshalb auch für die königlichen Be-triebe Geltung. Wenn auf der einen Seite das Kriegsamt, wie es seine Pflicht ist, auf die privaten Arbeitgeber einwirkt, die Schieds-sprüche des Kriegsausschusses zu beachten, darf man wohl auch hoffen, daß das Kriegsamt bei seinen eigenen Betrieben diese Selbst-verständlichkeit erfüllt. Will das Kriegsamt Veränderungen in der Entlohnung der Staatsbetriebe einführen, so muß doch vorher eine Verständigung mit den Arbeiterauschüssen vorausgehen, und erst nach erfolgter Verständigung kann dann die Veränderung vor sich gehen. Solange die Verständigung nicht erfolgt ist, muß der bis-herige Zustand unseres Staates bestehen bleiben. Bei allen Forderungen der Arbeiter auf Verbesserung der Löhne ist dieser Grundsat immer beachtet worden. Warum nicht jetzt, wo ein nicht unerheblicher Teil der Arbeiter Verschlechterungen erfahren soll? Nun haben aber die Arbeiterauschüsse Vorschläge zu einer Ver-ständigung gemacht, die für einen Teil der Arbeiter Lohnkürzungen mit sich bringen. Allerdings wünschen sie auch, daß die Löhne der Aermsten der Armen wenigstens in etwas aufgebessert werden. Dieses Verlangen erscheint durchaus berechtigt und findet auch bei den Arbeitern, die dadurch eine Verschlechterung ihrer Lohnver-hältnisse erfahren, durchaus Verständnis. Aber die einseitige Lohn-kürzung führt zur Beunruhigung, und das hat schon eine ständig steigende Unzufriedenheit ausgelöst. Die Arbeiter verlangen des-halb eine Zurücknahme der Abzüge und wünschen vorerst Ver-ständigung mit den Arbeiterauschüssen. Wenn aber das Kriegs-amt bei den Abzügen beharren bleibt, dürfte eine steigende Unzu-friedenheit die Folge sein. Im Interesse der so notwendigen Heeres-arbeiten scheint es erforderlich, die Arbeiterschaft nicht zu beun-ruhigen, denn dies interessiert auch den Wünschen der Arbeitgeber der Privatindustrie sicher vorangestellt werden.

Berichterst. I. Hölzl: Dr. Franz Dietrich, Berlin-Friedenau; für d. übrigen Teil des Statist. Alfred Schatz, Kaulsd.: für Anzeigen: Theodor Glöck, Berlin. Verlag: Norddeutscher-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3. 12523 3 Beilagen.

A. Wertheim

Reisegepäck-Versicherung

gegen Diebstahl und Feuerschaden
Versicherungs-Policen werden in allen 4 Geschäften ausgefertigt

Waschstoffe	
Batist weiß, bestickt, 70 cm breit . Mtr.	11.00
Batist weiß, reich bestickt, 110 cm breit Mtr.	17.50
Mull weiß, mit farbiger Stickerei . . Mtr.	12.00
Mull bedruckt, türkische Muster, 110 cm breit Mtr.	24.75
Voile kariert, 110 cm breit Mtr.	24.00
Seidenstoffe	
Blusen-Seide kariert, 58 bis 60 cm breit Mtr.	23.00
Crêpe de chine in allen Farben, 100 cm breit Mtr.	34.00
Bastseide gestreift, 68 b. 70 cm br. Mtr.	35.00
Bastseide einfarbig, 100 cm breit Mtr.	51.00
Mantelseide imprägn., in allen Farben, 110 bis 115 cm breit Mtr.	69.00

Blusen	
Bluse aus weißem Schleierstoff, halbfrei, mit farbiger Garnitur	24.00
Bluse aus farbigem Schleierstoff in ver-schiedenen Formen	31.50
Bluse aus weiß. Schleierstoff, Vorderteil m. Säumchen u. reich m. Hohlsaum garn.	33.00
Bluse aus weißem gestickten Schleierstoff, mit großem flotten Jabot	44.50
Bluse aus glattem weißen Schleierstoff, Vorderteil reich m. Handsticker.garn.	51.00
Kleiderröcke	
Rock aus weißem gestickten Batist	62.00
Rock aus farbig gestreiftem Schleierstoff, gezogen und Gürtelgarnierung	65.00
Rock aus Melton-Cheviot, schwarz u. farbig	42.00
Rock aus Melton-Cheviot, meliert, Taschen und Gürtel mit Knöpfen garniert	63.00
Große Auswahl in Seidenröcken in mod. Ausführungen	

Morgenröcke	
Matiné aus weiß gepunktem Mull, run-der Ausschnitt, mit Spitzen und Seidenbandgarnierung	36.00
Morgenrock aus dunklem Schleier-stoff mit großem weißen Spitzenkragen	85.00
Morgenrock aus hellgestreiftem Voile mit breitem Re-vers und Knopfgarnitur	115.00
Morgenrock aus weißem Voile, handgestickt, reich mit Eins. garn. und breit. Seidengürtel	135.00
Unterröcke	
Rock aus bedrucktem Bordüren-Wasch-stoff, hübsche Form	22.00
Rock aus bastfarbiger Kunstseide mit Säumchen	46.00
Taffet-Rock reine Seide, gestreift, mit hohem Ansatz	52.00

Troelstra zur Frage der internationalen Konferenz.

Offener Brief an Henderson.

Der unermüdlische Vorkämpfer der internationalen Verständigung, Genosse Troelstra, dem die englische Regierung den Haß zur Londoner Konferenz der Arbeiterpartei verweigert, hat von Amsterdam aus einen Brief an den Führer der Arbeiterpartei, Henderson, gerichtet, den „Het Volk“ veröffentlicht.

Zur ersten Teil des Briefes weist Troelstra die Notwendigkeit einer internationalen Zusammenkunft nach. Er führt darin u. a. aus:

Die Hoffnung der Völker, den immer dringlicher ersuchten Frieden durch erneute militärische Anstrengungen zu erreichen, hat sich als eitel erwiesen. Selbst die Regierungen, die herrschenden Klassen und die militärischen Führer auf beiden Seiten werden zugeben müssen, daß der Krieg, im Lichte der durch sie aufgestellten Ziele betrachtet, bis heute ein Fiasko war.

Die Verwüstung, die ökonomische und finanzielle Erschöpfung haben Europa inzwischen dem Abgrund immer näher gebracht. Eine niederländische Finanzautorität schätzte unlängst die Gesamtkosten und den durch diesen Krieg verursachten Schaden auf eine Summe, die denjenigen des Nationalvermögens von England und Deutschland gleichkommt.

Je länger die gegenwärtige Erschöpfung andauert, desto mehr ist zu fürchten, daß schließlich eine direkte Notlage es sein wird, die den Frieden gebietet und diktiert.

Der Friede von Brest-Litowsk zeigt uns, was dabei herauskommt, wenn eine der beiden Parteien in eine solche Notlage kommt.

Die Folge wäre ein Frieden, der höchstens den Charakter eines Waffenstillstandes hätte, und eine allgemeine Erschöpfung, die wahrscheinlich auch nicht zu einer revolutionären Aktion führen würde. Eine solche sei nur dann möglich, wenn sie international beschlossene und durchgeführt werde. Die Hilfe Amerikas sei gewiß ein Faktor von großer Bedeutung, Amerika habe aber die Pflicht, im geeigneten Augenblick zu helfen, daß es zu einem Verständigungsfrieden komme, bei dem die Grundlage für einen Völkerbund und für das Ausmergen des Weltmilitarismus geschaffen werden könnte.

In dieser Hinsicht ist entscheidend die Erkenntnis, daß nicht der Sieg des Militarismus der einen Partei über den der anderen die Grundlage sein kann für die internationale Abrüstung, für das Gelingen der imperialistischen Methode durch die Methode der internationalen Organisation, des Rechts und der gegenseitigen Verständigung. Nur aus der Ueberzeugung — in allen Ländern und bei der großen Mehrheit aller Völker —, daß

der Krieg als Mittel zur Entscheidung von Differenzen sich selber überlebt hat

und daß das Verschleiten des Wegs der internationalen Organisation und Verständigung nicht mehr ein stummer Wunsch, sondern dringende politische Notwendigkeit, Lebensbedingung für das Fortbestehen der zivilisierten Menschheit ist, kann ein guter Friede entstehen.

Zudem lautet hinter jedem Versuch zur Vernichtung des einen Militarismus durch den andern bewußt oder unbewußt der Imperialismus der kriegstreiberischen Kräfte.

Worauf es also ankommt, ist, daß ein Verständigungsfriede geschlossen wird, bevor eine solche durch völlige Erschöpfung entstandene Notlage eintritt; daß er zustandekommt, solange beide Parteien noch über ihren freien Willen verfügen. Es gilt, einen Frieden, der getragen wird von der Ueberzeugung beider Parteien, daß ihre eigenen Kriegsziele — soweit sie die Grenzen der Verteidigung des Landes, der Freiheit und Ehre überschreiten — geopfert werden müssen der historischen Notwendigkeit, für die Zukunft den Krieg als Werkzeug der internationalen Politik auszuschalten. Gerade in der Unentschiedenheit, die Amerikas Hilfe jetzt noch dem Kriege verleiht, gerade jetzt, wo weder die von der Entente mit Bestimmtheit erhofften militärischen Erfolge noch die von den Mittelmächten bis heute erreichten strategischen Resultate

als dauernd feststehen, gerade in dieser Unentschiedenheit liegt die sachliche Möglichkeit für einen Verständigungsfrieden, der gestattet, daß die Bedingungen eines dauernden Friedens genügend zur Geltung kommen können.

Die militärischen und diplomatischen Führer der Völker zeigen bei dem Fehlen genügender internationaler und historischer Einsicht, und getrieben durch die egoistischen Motive der herrschenden Klassen, stets die Neigung, ihre Auffassung von den Friedensbedingungen in noch der augenblicklichen Kriegslage zu präzisieren und auf die Bewerksichtigung rein imperialistischer Ziele zuzuschneiden.

Die einzige Macht, die die großen weltgeschichtlichen Gesichtspunkte gebührend in den Vordergrund zu rücken vermag, ist

die Arbeiterklasse,

welche bis heute in der sozialistischen Internationale ihren politischen Ausdruck fand.

Die Notwendigkeit, den moralischen und politischen Einfluß, über den sie verfügt, zugunsten eines gewissen Verständigungsfriedens so schnell als möglich in die Schale der Ereignisse zu werfen, ist hiermit gegeben.

Im zweiten Teil des Briefes erörtert dann Troelstra die Voraussetzungen für die Zusammenkunft. Er spricht sich entschieden dafür aus, daß keine Mehrheitsentscheidungen zulässig sein sollen. Dann richtet er nach beiden Seiten freundschaftliche Mahnungen:

Selt der Einnahme Rigas war in den Mittelländern ein wachsendes Uebergewicht der annektionistischen Strömung wahrzunehmen. Die Bedeutung des Reichstagsbeschlusses vom 19. Juli 1917 wurde dadurch geschwächt. Die Bewegung für Demokratisierung und Parlamentarisierung in den Mittelländern war auf ein totes Gleise gekommen. Selbst in der Presse der offiziellen deutschen Sozialdemokratie begann man wegen der Ablehnung der Friedensverträge seitens der Entente seine Hoffnung auf Frieden auf eine günstige militärische Entscheidung im Westen zu setzen. Ich stelle mit Bedauern das Ausbleiben einer kräftigen Aktion von jener Seite gegen die Mächte fest, die durch Ausbeutung der Desorganisation der russischen Revolution auf schärfste die Behauptung läugengekräft haben, daß dieser Krieg für Deutschland ein Verteidigungskrieg sei. Wie ich auch hier bedauert habe, daß die französischen und die englischen Arbeiterparteien nicht eine kräftigere Bewegung gegen die Fälscherweigerung und die fernere Kriegspolitik ihrer Regierungen ins Werk gesetzt haben.

Ein geladener seien im Londoner Memorandum alle, die sich für einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker einsetzen. Keine der sozialistischen Parteien sei demnach von vornherein ausgeschlossen. Wenn aber eine Partei als Bedingung für eine Aussprache fordern würde, daß ihr Programm von der anderen übernommen werde, so würde natürlich jede Aussprache unmöglich sein.

Die österreichische Partei hat bereits dem Wunsche, sich über das Londoner Memorandum zu äußern, entsprochen. Ich zweifle nicht, daß auch die deutsche Sozialdemokratie dies in offizioser Form und ausführlicher, als dies bis heute geschah, tun wird.

Indessen bezweifle ich, daß man nach dem Frieden von Brest-Litowsk und von Belarussch von den sozialistischen Parteien der Mittelländer wissen will, ob sie mit diesem Friedensabkommen die darin behandelten Probleme, die auf die beteiligten Länder und Völker Bezug haben, für erledigt halten oder nicht. Die deutsche sozialdemokratische Partei (Mehrheit) hat die

Verantwortung für den Vertrag von Brest-Litowsk

nicht übernehmen wollen und sich der Stimme enthalten, während die österreichische Sozialdemokratie gegen diese Friedensbestimmungen protestierte. Man kann also ruhig annehmen, daß diese Parteien, wie alle anderen, das jämmerliche Resultat des bolschewistischen Separatfriedens nicht als ein definitives betrachten wollen und bereit sein würden, die damit zusammenhängenden Probleme auch jetzt noch im Licht des von der Internationale erstrebten allgemeinen Friedens erneut zu behandeln.

Das vom Londoner Memorandum gewünschte „energische Auftreten gegen die eigene Regierung“ müsse international durchgeführt werden. Eine internationale Aktion könne nur aus einer freien und demokratischen internationalen Aussprache

entstehen. Dann wendet sich Troelstra nochmals zu der fühligen Botschaft:

Daß die Konferenz der internationalen Parteien, bevor sie die Initiative ergreift, sich über die praktische Möglichkeit vergewissert, daß den Sozialisten der Entente die Möglichkeit gegeben wird, die Konferenz zu besuchen? Und zwar in dem Sinne, daß den Vertretern aller teilnehmenden Organisationen Paßse erteilt werden?

Nicht als Diplomaten, sondern als Sozialisten müßten die Teilnehmer zur Konferenz gehen, sonst würde der Krieg auf das Gebiet der Internationale verplankt werden. Wir aber wollen nicht zum Begräbnis des internationalen Sozialismus gehen, sondern zum Auferstehungsfest der zu lange begrabenen proletarischen Solidarität. Das vornehmste Kriegsziel müsse sein, den Völkerbund zu begründen und für die Zukunft den Krieg unmöglich zu machen. Nicht zum zweiten Male dürfe eine internationale Konferenz mißglücken. Wäre erst diese Einigkeit des sozialistischen Willens demonstriert, dann wäre das geistige Milieu geschaffen, in dem unvermeidliche Gegenstände bezüglich besonderer Kriegsfragen viel von ihrer Schärfe verlieren würden. Troelstra schließt:

Trachten wir, bevor wir uns auf dieser Grundlage für die nächste Zukunft vereinen, die speziellen Fragen zu lösen, die die Völker und auch uns jetzt entzweien, dann werden wir mit der Konferenz ein Fiasko erleben. Gerade die politischen Parteien sind es, die die größte Mitverantwortlichkeit für das Los ihres Landes auf sich ruhen müßten, in Fragen wie z. B. die eltsch-Johringische nicht übereinzukommen vermögen.

Mit Recht verstanden Sie denn auch über diese Frage lieber eine Aussprache, ein Darlegen der gegenseitigen Auffassungen stattfinden zu lassen, als eine einstimmige Lösung dieser Probleme herbeizuführen zu wollen. Ich meine, daß diese Auseinandersetzung als auch ein ausprobiertes Gelingen beschränkter Meinungs-austausch über Entzweien und Hof dieses Krieges viele Mißverständnisse ausräumen könnte. Aber die Lösung dieser Probleme selber wird nur in der offiziellen Friedenskonferenz der Regierungen erfolgen können. Unsere Aufgabe soll es sein, die Konferenz zu beschleunigen und bei jeder Partei der Internationale den Willen und die Kraft wachzurufen, die eigene Regierung zugunsten eines möglichst gerechten, blühigen und dauerhaften Friedens zu beeinflussen.

Aus diesen Gründen fühle ich keinen Anlaß, auf die speziellen Fragen in Ihrem Memorandum näher einzugehen. Ich kann mich dessen um so besser enthalten, weil ich einen sehr wirksamen Anteil an der Zusammenstellung des neutralen Friedensvorschlages der Stockholmer Kommission gehabt habe und mich auch jetzt noch zu dem darin enthaltenen Programm bekenne.

Am liebsten will ich zum Schluß noch die Frage behandeln, welcher Art die Aktion sein müßte, die die Konferenz zu beschließen hätte. Es war gerade die Absicht von Stockholm, durch internationale Uebereinkunft die Parteien der freigeschaffenen Länder zu veranlassen und inhand zu setzen, in ihrem Lande eine Friedensbewegung zu entfachen, ohne dabei den berechtigten Vorwurf auf sich zu laden, daß sie in die Karten des Feindes spielten.

Diese Aktion müßte anknüpfen an den Beschluß der Konferenz, durch den das eigentliche proletarische Ziel des Krieges proklamiert werden muß:

Gründung des Völkerbundes;

Erfolg der imperialistischen Methode des nationalen Militarismus durch eine internationale Organisation zur Sicherung friedlicher ökonomischer Entwicklung jeder Nation; internationale Abrüstung.

Auf daß dieses große Ziel geistiges Eigentum der Volksmassen in jedem einzelnen Lande werde, könnte die Konferenz beschließen, daß für dieses Ziel möglichst an ein und demselben Tage in allen Ländern demonstriert werde.

In Ihrem Memorandum betonen Sie ferner auf den auch in Stockholm ausgesprochenen Wunsch, daß eine sozialistische Konferenz zusammenzutreten möge, sobald die offiziellen Friedensverhandlungen der Regierungen beginnen und daß diese Konferenz am Orte der Friedensverhandlungen stattfinden müßte.

Ich wünsche, werter Henderson, mit dem Wunsche, daß Sie und Ihre Freunde eine Konferenz in dem Geiste, wie ich Sie hier skizzierte, für ermuntert und ausführbar halten möchten. In diesem Falle würde ich mich glücklich schätzen, der Durchführung Ihrer Absichten auch meine besten Kräfte widmen.

Lodz.

Das gelobte Land.

Roman von W. St. Raymond.

Die Pfiffe, die knatternd über der Stadt erschollen und zur Arbeit riefen, rissen sie mit. Jeder kannte den Ton seiner Pfeife. Jeder warf alles hin, wenn er die verhasste Stimme hörte, und lief, um ja nicht zu spät zu kommen.

Bloß Borowiecki beachtete es nicht und Masinowski, ein junger Techniker von Schaja, der stets schwieg, bedächtig ab und in den Pausen rasch etwas in sein Notizbuch schrieb.

Auch die Frauen, die am Tisch saßen, begannen langsam sich zu erheben und hinauszufragen. Jede von ihnen arbeitete ebenfalls in einem Geschäft.

Bestig ertönte die Glocke im Vorzimmer.

„Das ist mein Matthias, das Telegramm!“ rief Karl, der seinen Diener am Klingeln erkannte.

„Grab ist das gekommen, und da bin ich auch gleich da,“ meldete Matthias.

„Na, da wische er sich auch gleich die Füße im Vorzimmer ab, wenn er schmutzige Schuhe hat,“ befahl Rama energisch.

Dhne auf die neugierigen Blicke zu achten, zog sich Borowiecki aus Fenster zurück und las:

„Gut. Knoll, Bader, J. Wendelsohn — kaufen. Erste Partie heut früh abgeschlossen. Bei mir abladen. Künftigen Prozent höher. Vorräte gering. In einer Woche zurück.“

Stierig verschlang Karl das Telegramm und konnte seine Befriedigung nicht verhehlen.

„Gute Nachrichten, Herr Karl?“ fragte Stephanie und blickte mit ihren klugen Augen in sein leuchtendes Gesicht.

„Sehr gute!“

„Von der Braut!“ rief Rama.

„Bloß von Moritz aus Hamburg. Eine schöne Braut. Wenn Rama artig sein wird, dann werde ich sie mit Moritz zusammenbringen.“

Rama verschwand aus dem Zimmer.

Borowiecki verabschiedete sich von den Anwesenden.

„Die Pfeifen rufen Sie ja nicht mehr,“ sagte Frau Stephanie.

„Trotzdem hab' ich es eiliger heute wie irgendwann.“

„Ja, für uns haben Sie nie Zeit. Schon drei Sonntage hintereinander waren Sie abends nicht hier.“ Ein leiser Vorwurf klang in ihrer Stimme.

„Ich wage es nicht einmal zu glauben, Frau Stephanie, daß man meine Abwesenheit bemerkt hat, bin nicht so eingebildet, bin aber sicher, daß ich an diesen Abenden mehr verloren habe, als Sie, viel mehr.“

„Wer kann das wissen,“ flüsterte sie leise und reichte ihm die Hand zum Abschied, die er sehr kräftig küßte. Er ging hinaus.

Im Vorzimmer vertrat ihm Rama den Weg.

„Ich habe eine sehr große Bitte an Sie, Herr Karl, eine sehr große, eine sehr...“

„Ich höre und verpfehle Ihnen ohne weiteres, daß ich alles erfüllen werde, das Kind soll nur bitten.“

Rama blickte ihn nicht an, die kurzen, schwarzen, lockigen Haare bedeckten ihre ganze Stirn, sie schob sie nicht zurück; mit dem Rücken an die Tür gelehnt, mit zusammengeballten Fäusten, rang sie lange nach Rat.

„Um Sie Horn nichts an, helfen Sie ihm. Er ist es wert. Er ist so gut, so edel, und es geht ihm so schlecht in Lodz, so schlecht. Keiner mag ihn, und alle lachen ihn aus, und ich will das nicht, mich schmerzt das sehr, ich möchte ja so, Jesus Maria... Ich will das nicht!“ schrie sie, brach in Schluchzen aus und lief in den Salon.

Borowiecki eilte in das Kontor von Moritz, um die Lager zu prüfen, wo die Baumwolle abgeladen werden sollte.

Auf dem Rückwege fiel es ihm ein, der Kolonie eine Freude zu bereiten. Er kaufte ein ganzes Tablett mit Kuchen und eine Bonbonniere und schickte alles in die Promenadenstraße an Rama.

„Die sollen auch etwas bei meinem Geschäft verdienen,“ dachte er, auf die Straße tretend.

Er war mit sich und der ganzen Welt zufrieden, daß er nach rechts und nach links die vielen Bekannten grüßte, die nach dem Mittagessen in die Fabriken und die Kontors eilten.

Die Bürgersteige waren dicht vollgestopft mit Arbeitern, die eiligt dem Rufe der unzähligen, die Luft zerreichenden Pfeifen in die Fabriken folgten; einige aßen noch unterwegs in Laufen. Das Klopfen der hölzernen Sohlen erfüllte die ganze Straße mit einem Geklapper, das zusammen mit der Welle verrückter, schwarzer, abgegriffener und zerlumpter Arbeiter in den Toren der Fabriken und in den Seitengassen gerschellte.

Auf einer Seite der Straße zog ein armeliges Begräbnis vorbei. Vier schwarz gekleidete Burfchen trugen ein weißes Sarglein, mit einem blauen Kreuz in der Mitte; sie schritten hinter dem Kirchendiener, der in einer blauen Pelzerin, gebückt,

mit schiefgeniegem, fahlem Kopf das Kreuz vorantrug, schläfrig durch den furchtbaren Schmutz wadelnd. Hinter dem Sarglein schritten einige Kinder mit Schirmen, dicht am Bürgersteig, dem jeden Augenblick verjagten sie vorbeifahrende Droschken, Equipagen und riesige, mit Waren beladene Lastwagen von der Mitte der Straße und bespritzten mit dem schwarzen, schlüpfrigen Kot das Sarglein, das eine alte Frau immer wieder mit ihrer Schürze abwischte.

Niemand hatte Zeit, auf das Begräbnis zu achten, ab und zu zog bloß ein Arbeiter die Mühe herunter oder eine Arbeiterin betrauerte sich andächtig und seufzte — und alle liefen weiter, von den Pfeifen mit fortgerissen, die wie eine kalte Schneide die schwere, graue, von Rauch gefüllte Luft durchschneideten.

Borowiecki blieb stehen, sich nach einer Droschke umschauend, um schneller ins Kontor zu gelangen. Da bemerkte er, daß er von einer vorbeifahrenden Equipage aus gegrüßt wurde. Wada Müller war es mit ihrem Bruder, der in einer roten Studentenmütze, das grün-rote Band über der Brust und mit einem großen Pudel auf den Knien im Wagen hingegossen dasah.

Der Wagen hielt ein paar Schritte weiter am Bürgersteig. Wachelnd wandte sich Wada zu Borowiecki.

„Herr Borowiecki, und die verschönten Büchertitel! Halten Sie so Ihr Wort?“ begann sie, als sie sich begrüßt hatten.

Borowiecki blickte in ihre goldschimmernden Augen.

„Ich gestehe offen, ich habe es vergessen, aber ich werde mich bessern und schade sie Ihnen heute noch. Ich verspreche es feierlich.“

„Ich glaub' Ihnen nicht, ich muß eine mehr solide Versicherung haben,“ plapperte sie lustig.

„Ich bin bereit, es zu unterschreiben.“

„Nun wenig! Die Unterschrift kost' nicht viel,“ lachte sie.

„Wenn werde ich meine Unterschrift mit dem Giro irgend-einer großen Firma versehen.“

„Wohinstens dem der Frau Vidert,“ rief sie rasch und verbarg ihr Gesicht in dem Seidenmuff. Sie erschraf bei ihren eigenen Worten, die ihr unwillkürlich entschlopfen waren.

„So oft wiederhole ich ihr, daß sie dumm ist, und sie will es nicht glauben,“ brummte Wilhelm.

„Wo gehen Sie hin?“ begann sie zornig, um den schlechten Eindruck zu verwischen, und erhob ihr Gesicht, das eine tief-dunkle Rote bedeckte.

„Zur Arbeit,“ erwiderte er leichtsin, obwohl ihm Frau Viderts Erwähnung sehr weh getan hatte, (Fortf. folgt.)

Das neue Dienststrafverfahren gegen Professor Henkel.

Oberstaatsanwalt Trautwetter legt in seinem Plädoyer dar, daß, wer das erste Urteil unbefangene, zu dem Schluß kommen müsse, daß nicht auf Strafverfolgung, sondern auf Dienstentlassung erkannt werden mußte. Es kommt bei diesem Prozeß nicht die bürgerliche Ehre in Frage, sondern die dienstliche Achtung. Wenn die tatsächlichen Feststellungen des ersten Urteils richtig sind, so ist die Berufung der Staatsanwaltschaft gerechtfertigt. Die Anklage unterscheidet zwischen leichten und schwereren Fällen. In den ersteren gehört der Vorwurf, daß Prof. Henkel sich an den Sektionen weder selbst beteiligt hat, noch seine Assistenten dazu angehalten hat. Die Verhandlung hat nachgewiesen, daß die Ansicht des Geheimrats Rumm über diesen Punkt irrig ist. Das Gutachten des Geheimrats Rumm besagt, daß Prof. Henkel berechtigt gewesen sei, wegen des Todes zweier Frauen infolge Lumbalaneurysie Anzeige bei der Staatsanwaltschaft zu machen. Prof. Henkel stand mit dem Angeklagten zunächst auf freundschaftlichem Fuß. Prof. Henkel ist ihm sogar freundschaftlich entgegengekommen und hat ihm Material gegeben. Aber er konnte sich die verschiedenen Fälle nachher nicht erklären, die zahlreichen Schwangerschaftsunterbrechungen selbst bei leichten Fällen, und oft kamen die Ehemänner und

klagten über den Tod ihrer Frau.

Er und seine Assistenten wunderten sich über die zahlreichen Todesfälle infolge Wundinfektion. Der Staatsanwalt erörtert ferner die Frage der Vernachlässigung von Patientinnen und erachtet dieses Verschulden in einem Fall nachgewiesen, wo bei einer Nabelschnuroperation Prof. Henkel angeordnet habe, daß er sie selbst vornehmen würde, aber erst nach einer halben Stunde gekommen sei, so daß das Kind schon tot war. Im Fall Reichensbach ist der schwerste Punkt der Anklage, daß der Tod der Frau durch eine unvorbereitete Operation herbeigeführt worden sei, nicht erwiesen und nicht aufrecht zu erhalten; jedoch ist erwiesen, daß diese Operation in Gegenwart des Bräutigams zur Lippe erfolgt ist. Zur Operation von Frauen ist überhaupt zu sagen, daß die Zulassung männlicher Laien als Zuschauer ungebührlich ist. Die Frauen dürfen nicht den Blicken des Laien ausgesetzt werden, wenn es sich auch um einen medizinischen Amateur handelt. Ob es ein Prinz war oder kein Prinz, hat mit der Sache nichts zu tun. Der Sachverständige Winter meinte, wenn der Prinz 10 000 M. für die Armen der Klinik gezahlt hätte, wäre das etwas anderes. Eine solche Ansicht ist

eines Gelehrten unwürdig.

Entweder ist etwas erlaubt oder nicht. Der Sachverständige Winter sagt auch, das Strafen der Kranken hätte ihn nicht gehindert, zu operieren. Er würde sich also ungeschämt eine schwere körperliche Mißhandlung zuschulden kommen lassen. Was hat nun den Angeklagten zu dieser großen Zahl so schwerer Operationen geführt? Gewiß nicht Gelderwerb, daran habe ich nie gedacht. Ich habe den Eindruck, daß er durch die über große Zahl schwerer Operationen als glänzender Operateur dastehen und sich durch seine Erfolge einen Namen in Deutschland machen wollte. Vielleicht wollte er auch der Wissenschaft neue Bahnen weisen. Auf das Motiv kommt es aber ebenso wenig an, wie auf die Frage des Mitleids. Seit Jahren ist der Rückgang der Geburten der Gegenwart erster Besorgnisse. Es zeigt sich eine Unlust, zu gebären, eine

Abneigung gegen den Kinderlegen.

Sie in den weitesten Kreisen in erschreckendem Maße zugenommen hat. Diese Schwangerschaftsunterbrechungen erwecken in weiteren Kreisen den Wunsch eine gleiche Erleichterung von Schmerzen und Sorgen zu erhalten. Da muß man doch die Frage aufwerfen, ob es dem Angeklagten gestattet sein darf, ein Geschlecht junger Völker heranzubilden, das von diesen Grundübungen befreit ist. Eine Ordnungs- oder Warnungsstrafe kann bei so schweren Verschulungen nicht in Frage kommen. Ich erkenne an, daß einige Fälle zugunsten des Angeklagten aufzuheben sind. Der Antrag der Staatsanwaltschaft auf Dienstentlassung ist daher nicht aufrecht zu erhalten, ich bitte es, gemäß dem ersten Urteil, bei der Strafverfolgung zu belassen.

Verteidiger Rechtsanwältin Luetegebrune-Göttingen: Ein verachtenswürdiges Vorurteil würde dem Angeklagten mit Recht gemacht werden können, wenn er aus Gewinnsucht gehandelt hätte, aber das nimmt ja der Oberstaatsanwalt auch nicht an. Der Verteidiger befreit in längeren rechtlichen Darlegungen, daß Prof. Henkel seine Dienstpflichten verletzt habe. Die ärztliche Tätigkeit sei nicht ein Ausfluß seiner Dienstpflichten. Gewarnt muß davon werden, mit Zahlen über die Unterbrechungen als Beweismaterial gegen Henkel zu arbeiten. Der Verteidiger widerlegt dann in längeren Ausführungen über die Einzelfälle die Verdächtigkeit der Anklage. — Verteidiger Dr. Alsbach führt in seinem Plädoyer aus: Prof. Henkel hat sich zu unrecht angemaßt, auf Grund der Sektionen die ärztliche Tätigkeit Prof. Henkels zu beurteilen. Das hat nicht nur ein völlig falsches Bild ergeben, sondern ist auch die Ursache schwerer persönlicher Mißbilligungen und Konflikte geworden. Zugabe ist, daß Prof. Henkel ein etwas sehr schroffes Wesen hat, und wohl auch stark selbstbewußt ist. Dieses Selbstbewußtsein wurzelt aber in seiner Überzeugung von seinem Können, und daß er auf seinem Gebiet etwas Nichtiges, wenn nicht Geniales leiste. — Der Verteidiger kritisiert scharf die Aussage des Zeugen Dr. Teilhaber und hat am Schluß seines Plädoyers zu berücksichtigen, daß nur die edelsten Motive den Beschuldigten geleitet hätten. Oberstaatsanwalt Trautwetter erwidert den Verteidiger, daß Prof. Henkel in seiner Privatpraxis nie einen entblößten Frauenleib Laienblicken ausgesetzt habe. Die Kassenpatientinnen hätten dasselbe Recht auf Schutz ihrer weiblichen Ehre. — Verteidiger Rechtsanwältin Luetegebrune: Klinische Operationen sind ein ausschließlich anerkanntes Lehrmaterial, daher ist ein Unterschied zwischen Anästhesisten und häuslichen Kliniken zu machen. — Verteidiger Rechtsanwältin Dr. Alsbach erklärt die Freisprechung Prof. Henkels zu erwarten. — Prof. Henkel führt im Schlußwort aus, der Prozeß habe gezeigt, wie schwierig es sei, eine Anklage aufzubauen auf Krankengeschichten, die zum Teil acht Jahre und länger zurückliegen. Wenn ich eine Kranke nach meiner wissenschaftlich begründeten Weise behandle und meine Fachkollegen mir Recht geben, kann man sich doch nicht, wie der Oberstaatsanwalt, auf den Standpunkt stellen, daß die Meinung von Nichtfachkollegen vorzuziehen sei. Ich lege mein Schicksal beruhigt in die Hände des Gerichtshofes.

Das Gericht beschließt, das Urteil am Mittwoch, mittags 12 Uhr, zu verkünden.

Groß-Berlin

Das Verfahren gegen Reußkoll

ist, soweit eine Anklage wegen Höchstpreisüberschreitung in Frage kommt, eingestellt.

Es bleibt mithin nur das Verfahren wegen Vermahlung von Saatgetreide übrig.

Der erste Staatsanwalt war schon vor mehreren Wochen in eine Prüfung der Frage eingetreten, ob die Bundesratsverordnung gegen die Preistreiber vom 8. Mai auf dies Verfahren von Einfluß ist und ist zu dem Schluß gekommen, daß dieser Verordnung rückwirkende Kraft zuzuschreiben ist. Dieser Verordnung zufolge macht sich der Käufer unter gewissen Bedingungen bei der Ueberbreitung der Höchstpreise nicht strafbar. Da diese Bedingungen auf den Reußkoll Fall zutreffen, so mußte mit der Ueberzeugung von der rückwirkenden Kraft der Bundesratsverordnung die Beschuldigung der Höchstpreisüberschreitung gegen Reußkoll von selbst fortfallen.

Zugleich ist der Reußkoll Magistral aufgefördert worden, die seinerzeit bei ihm beschlagnahmten Akten von der Staatsanwaltschaft zurückholen zu lassen.

Ein Schuhmann als Verwalter.

Ein krasser Fall von besondrer Art soll heute zu Ruh und Kronen unserer Leser mitgeteilt werden. Im Hause Marxenburg Str. 29 ist Herr H. A. L. L., von Beruf Schuhmann, Verwalter. Im Hause wohnt ein Ehepaar J. Infolge Wüstigkeiten beschloß die Eheleute auseinander zu gehen. Die Ehefrau gab dem Verwalter hiervon Kenntnis, bat, sie zum 1. Juli ziehen zu lassen, erklärte sich bereit, einen neuen Mieter für die Wohnung zu stellen. Dieses geschah, derselbe fand aber wohl keine Gnade vor den Augen des Verwalters, denn dieser forderte nunmehr den Ehemann auf, die Miete für Juli noch zu zahlen. Damit der Brief mehr Beachtung fand, benutzte der Herr Verwalter einen amtlichen Bogen der Polizei, desgleichen ist schon einmal gebraucht, an das Polizeirevier gerichteten Kuvert. Daß dieser Umstand ist nur nebensächlich, dient nur zur Beleuchtung, obwohl wir es nicht für einwandfrei halten, daß ein Beamter amtliches Material für seine privaten Zwecke benutzt. Anders jedoch der Inhalt des Briefes. Herr H. droht dem widerspenstigen Mieter mit der Denunziation bei der Militärbehörde. Er schreibt u. a.: „Sollten Sie diese Frist unbeachtet lassen — es kann nur Wohlwilleit vorliegen — werde ich mich an die Militärbehörde wenden und mit Ihrer Reklamation wird es dann wohl zu Ende sein. . . . Sollen Sie an die Front kommen, so werde ich die Miete auf gerichtlichem Wege betreiben, und zwar vorläufig bis Oktober 1918. . . . Ich will Ihnen nur den guten Rat geben, die Miete zu dem genannten Termin pünktlich zu zahlen, denn ich lasse nicht mit mir spaßen. Sie als reklamiert Soldat — der viel Geld verdient gegen diejenigen, die an der Front ihr Leben aufs Spiel setzen, sollen erst recht Ihren Verpflichtungen nachkommen. . . . Sie können nun wählen, welches von beiden das Bessere ist, Soldat zu sein oder Geld zu verdienen.“

Dieser Herr Verwalter, ob er selbst reklamiert ist, wissen wir nicht, scheint sich also nicht, klipp und klar anzusprechen, daß er, wenn er nicht zu seinem vermeintlichen Recht kommt, die Hilfe

Feldpost-Abonnenten

Wer das Abonnement auf den „Vorwärts“ noch nicht erneuert hat, muß sofort 1,80 M. an den Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW, Lindenstr. 3, oder an die bekannten Ausgabestellen einsenden, um sich die pünktliche Weiterlieferung für Monat August zu sichern.

der Militärbehörde in Anspruch nehmen werde. Er ist also der Meinung, daß die Einderung als Strafe für private Handlungen ausgesetzt werden kann, ja er ist fest davon überzeugt, daß die Militärbehörde wegen der angeblichen Mietschuld jemandem zum Seeresdienst einberufen.

Der davon Betroffene kann sich dann schließlich nicht mal wehren, denn nur in den seltensten Fällen erfährt er den Grund der Einderung. Auch wir haben auf dem Standpunkt, eingegangene Verpflichtungen müssen erfüllt werden, wenn nicht unüberwindliche Notlage die Erfüllung unmöglich macht. Die Art aber, wie hier der Herr Schuhmann-Verwalter sein vermeintliches Recht zu wahren versucht, fordert die schärfste Mißbilligung heraus. Was sagt im Übrigen die vorgesetzte Behörde zu dem Vorgehen des Schuhmanns? H. A. W. G.

Schlechte und teure Marmelade?

Im vorigen Jahre hat die schlechte Marmelade mit Recht Erbitterung hervorgerufen. Die ganze Ernährung gerade der ärmsten Kreise hat damals durch die schlechte Marmelade arg gelitten. Daher wurde in diesem Jahre alles getan, damit der Verbraucher eine bessere Marmelade geliefert werden konnte. Dies ist denn auch erreicht worden. Dabei war es wertvoll, daß der Marmelade 60 Proz. Zucker zugefügt werden konnte. Der Zucker verbessert sowohl den Geschmack als auch den Nährwert der Marmelade.

Vor einiger Zeit wurde aber mitgeteilt, daß für das bevorstehende Jahr nicht mehr so viel Zucker wie im letzten Jahre an die Marmeladenfabriken geliefert werden kann, und daß deshalb der Marmelade nur noch 50 Proz. Zucker zugefügt werden soll. Der verringerte Zuckergehalt kann im bevorstehenden Jahre sehr unliebsame Folgen für die Beschaffenheit der Marmelade haben. Die Anstalten für die diesjährige Obsterte sind leider ungünstig. Es fragt sich daher, ob für die gedruckte Menge Marmelade die Früchte und die Strohmittel beschafft werden können, die notwendig sind, wenn eine Marmelade hergestellt werden soll, die der diesjährigen gleichwertig ist. Je mehr dann noch der Zuckergehalt verringert wird, um so mehr muß darunter überdies der Geschmack und der Nährwert der Marmelade zurückgehen. Dem muß unbedingt vorgebeugt werden. Die Aufgabe der Reichsleitung muß es sein, beizeiten dafür zu sorgen, daß eine schmackhafte und nahrhafte Marmelade hergestellt werden kann.

Ferner ist bei dem Zuckerpreis ebenfalls Rücksicht darauf zu nehmen, daß gegenwärtig die Fabrikmarmelade ein unentbehrliches Lebensmittel für die Ärmsten ist. Der Zucker, der uns jetzt beschert wird, kommt aus der Ukraine und ist sehr teuer. Um nicht damit den allgemeinen Zuckerbedarf der Bevölkerung zu belasten, werden, wie die Reichsleitung ausdrücklich angibt, von bestimmten Gruppen von Zuckerempfängern, in erster Linie von der Hilfslieferungsliste, beträchtliche Zuschläge erhoben. Leider ist auch der Zucker für die Fabrikmarmelade mit solchen Zuschlägen bedacht worden. Das ist durchaus unangebracht und sollte beseitigt werden. Noch viel weniger darf aber der Zucker für die Fabrikmarmelade durch weitere Zuschläge verteuert werden, weil selbstverständlich diese Verteuerung schließlich doch von den Verbrauchern der Marmelade bezahlt werden muß.

Die Gefährlichkeit ungekochter Milch.

Der preussische Minister des Innern hat die Regierungspräsidenten und den Berliner Polizeipräsidenten ersucht, darauf hinzuwirken, daß in den Volkereien alle Milch pasteurisiert wird. Wo das nicht möglich ist, wird für ratsam gehalten, die Bevölkerung vor dem Genuß ungekochter Milch zu warnen. Es soll erwogen werden, ob nicht allgemein eine solche Warnung angebracht erscheint. Veranlassung dazu gibt der Umstand, daß z. B. Typhus durch Milch verbreitet werden kann und schon verbreitet worden ist. Daß ungekochte Milch überhaupt bei der Uebertragung ansteckender Krankheiten eine verhängnisvolle Rolle spielt, ist längst hinreichend bekannt. Leider läßt sich aber in Berlin und seiner näheren Umgebung der Rat, die Milch nicht ungekocht zu genießen, zurzeit schwer befolgen. Durch den „Vorwärts“ wurde festgestellt, daß jetzt die in Groß-Berlin zum Verkauf kommende Milch grotzenteils bereits angeäuert ist, wenn sie an die Verbraucher gelangt. Die zeitweise Groß-Berlin versucht, mit einer öffentlichen Erklärung zu beschwichtigen, mußte aber unsere Angabe bestätigen. Das Medizinalamt der Stadt Berlin soll begutachtet haben, angeäuerte Milch sei

nicht gesundheitschädlich. Man kann aber angeäuerte Milch nicht mehr kochen, weil sie dabei zusammenfällt. Muß sie daher ungekocht genossen werden, so setzt man sich der Gefahr einer Krankheitsübertragung aus. Auch das Medizinalamt und die Zeitstelle werden diese Gefahr, vor der das Ministerium warnt, zugeben müssen.

Käseverteilung. In der Zeit vom 22. bis 28. wird an die jenseitigen Kunden, die in die Speisekettendiensten der in den Bezirken der 1.—10., 12.—14., 16.—21., 22., 129., 133.—139., 149., 172., 175., 218., 224., 232., 235., und 242. Brotkommission — Gegend Nordwesten, Zentrum, Südwesten, Westen Berlins — eingetragen sind, pro Kopf 125 Gramm Käse verteilt.

Die Löhne für Heeresnäharbeiten. Das Kriegsbeleidigungsamt des Gardekorps teilt folgendes mit: Für sämtliche von den Kriegsbeleidigungsämtern des Gardekorps und des III. A. K. in Spandau ausgegebenen Heeresnäharbeiten sind die den Arbeitern zustehenden Arbeitslöhne der Höhe nach genau festgelegt. Es müssen für sämtliche Arbeiten Stücklöhne gezahlt werden. Zeitlöhne sind unzulässig. Die einzelnen Tarife, in denen die den Arbeitern zustehenden Löhne festgelegt sind, können jederzeit beim Kriegsbeleidigungsamt des Gardekorps Berlin, Lehrter Str. 57, eingesehen werden, auch sind die Tarife dort käuflich zu haben. Arbeitnehmer, welche nicht richtig entlohnt werden, sind jederzeit berechtigt, bei der Schlichtungskommission für Militärnäharbeiter in Berlin, Zimmerstr. 90/91, Klage zu erheben.

Unterstützung notleidender Buchdrucker. Der Magistrat teilt mit: Aus der unter der Verwaltung der Stiftungsdeputation stehenden Ernst Ribbingsen Stiftung sollen am 27. September jeden Jahres Unterstützungen von wenigstens 100 M. an notleidende, in Berlin wohnhafte, selbständige Schriftsetzer, Buchdrucker und Gehilfen und von wenigstens 50 M. an notleidende, in Berlin wohnhafte Witwen oder Töchter von verstorbenen, zuletzt in Berlin wohnhaft gewesenen Schriftsetzern oder Buchdruckern — ohne Unterschied des Religionsbekenntnisses — vergeben werden. Gesuche mit Angabe über die Dauer des Aufenthalts in Berlin sind innerhalb 14 Tagen an die Städtische Stiftungsdeputation, Stralauer Str. 56 II, einzureichen.

Zivilpersonen französischer Staatsangehörigkeit, die zu irgendeinem Zeitpunkt bei Beginn der Feindseligkeiten interniert waren und später ermächtigt worden sind, frei in Deutschland zu leben, kann unter gewissen Bedingungen die Ausreise aus Deutschland gestattet werden. Die Zivilpersonen, die von der Ausreisemöglichkeit Gebrauch machen wollen, müssen ein schriftliches Gesuch an das für ihren Aufenthaltsort zuständige stellvertretende Generalkommando oder an die königlich spanische Botschaft in Berlin richten. Die Frist, innerhalb welcher solche Gesuche einzureichen sind, ist bis zum 1. September 1918 verlängert worden. In dem Gesuch sind anzugeben: 1. Name, Vorname, Geburtsort und Geburtsdatum; 2. Zeit und Ort der Internierung; 3. Zeitpunkt der Entlassung aus der Internierung; 4. Wohnort oder ständiger Aufenthaltsort vor dem Krieg; 5. Ort, wohin sich die Zivilperson zu begeben wünscht.

Im Sportpark Treptow gelangt heute das große Rennen „Die Gumbert“ zur Entscheidung. Das Rennen führt über die lange Strecke von 100 Kilometern in einem Zuge. Die Rennen beginnen um 4 Uhr.

Eine unheimliche Bekanntschaft machte kürzlich eine Wirtshäuserin aus Steglitz. In einem Kinotheater in der Potsdamer Straße lernte sie einen Mann kennen, der sich „Johannes Kurt Leuchter“ nannte. Man verabredete ein Wiedersehen in der Wohnung der Wirtshäuserin. Bei einem dortigen Besuche legte der unheimliche Liebhaber dem Mädchen plötzlich einen Arm um die Schultern, umklammerte ihn mit einem solchen Griff beider Hände den Hals, drückte es zu Boden, kniete auf ihm und versuchte es zu erwürgen. Die Ueberfallene setzte sich aber kräftig zur Wehr und rief um Hilfe. Jetzt ergriff der Unhold die Flucht und ließ seinen grauen Filzhut und einen Sportkoffer im Stich. Nach einigen Tagen forderte er in einem Briefe die Sachen zurück und bedrohte die Wirtshäuserin mit dem Tode, wenn sie den Vorfall anzeige. Der Kneifer befand sich in einer Hülle von mehreren Krotobildern mit der Aufschrift G. Baumgärtel — Delizisch. Der unheimliche Mann ist etwa 28 Jahre alt und blond, hat ein längliches frisches Gesicht von gesunder Farbe und blauen Augen und unter dem Kinn eine etwa zwei Zentimeter lange Karbe, die deutlich zu sehen ist. Er sprach Berliner Mundart und trug einen schwarzen mit Seide gefüllten Jacketanzug und schwarze Schnürstiefel.

Ein Raubüberfall wurde gestern vormittag am Neuen Markt verübt. Die Obsthändlerin Frau Klinkow, die in der Halle am Alexanderplatz einen Stand hat, und am Neuen Markt 3 im dritten Stock des Vorderhauses wohnt, ging gegen 10^{1/2} Uhr von der Halle nach Hause. Sie trug einen großen Korb und eine Brieftasche mit der Tageslohnung von 500 M. bei sich. Als sie den Hausflur betrat, fiel ein Mann, der dort am Eingang zu einem Papierladen stand, plötzlich über sie her und raubte ihr die Tasche mit dem Gelde. Die Ueberfallene rief um Hilfe und verfolgte sofort den Räuber, der mit der Wende die Flucht ergriff. Das Dienstmädchen, das sich schon auf der Treppe befand, um Frau Klinkow den großen Korb abzunehmen, eilte hinterher und auch noch andere Leute schlossen sich den Verfolgern an. Trotzdem gelang es dem Räuber zu entkommen. Er eilte die Parochialstraße hinunter und entschlopfte durch einen Durchgang nach der Moserstraße. Er ist etwa 30 Jahre alt, 1,62 bis 1,70 Meter groß, hat dunkles Haar, einen Anflug von Säurebart und ein volles, gebräuntes Gesicht und trug einen klein karierten Jacketanzug und einen weißen Strohhut.

Eindrescher suchten in der Nacht zum Mittwoch die Großschuh-Reparaturwerkstatt von Heinrich Grade, Wilhelmshabener Str. 23, heim und entwendeten 40—50 Paar Schuhe und Stiefel. Es wird gebeten, etwaige Ermittlungen sofort dem nächsten Polizeirevier zu melden, denn die entwendeten Schuhe sind Eigentum armer Arbeiter, die in große Stiefelnnot geraten sind.

Von einem Schuhmann erschossen. In der vergangenen Nacht sollte der 19-jährige Arbeiter Albert Peters in der Greifswalder Straße von einem Schuhmann seligenommen werden. Er griff den Beamten tödlich an, und der Beamte griff in der Notwehr zur Dienstpistole. Der Angreifer wurde so schwer verletzt, daß er auf dem Wege nach dem Krankenhause starb.

Straßenbahnzusammenstoß. Vor dem Hause Petersburger Straße 87 stießen ein Triebwagen und ein Anhänger der Linie Steinitzer Bahnhof — Hermannplatz mit voller Gewalt zusammen. Infolge des Anpralles wurde die Vorderplattform des Anhängers eingedrückt und die Scheiben an beiden Wagen gingen in Trümmer. Durch die Glassplitter wurden insgesamt achtzehn Fahrgäste verletzt.

Einen schlechten Scherz machte sich ein unbekannter Mann in Postform mit Frauen, die in großer Menge am Potsdamer Platz vor einem Schuhwarenladen anstanden. Im Vorbeigehen rief er ihnen zu, sie sollten doch nicht mit unmäßigem Warten die Zeit vertrödeln, sondern sich an die Stelle wenden, von der auch er sein Schuhzeug bekomme, an Pöhl in der Greifswalder Str. 86. Dort brauchten sie nur einen Brief mit ihren Wünschen und dem Bezugschein in den Briefkasten zu stecken, dann käme alles Weitere von selbst. Viele Frauen eilten freudig überrascht nach der Greifswalder Straße und taten, wie ihnen gesagt worden war. Als sie keine Antwort erhielten, wandten sie sich an die Polizei. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, daß Pöhl an dem schlechten Scherz un Schuldig ist und auch nicht weiß, wer sein Urheber sein mag.

Reußkoll. Gemüseversorgung. Vom Magistrat wird uns mitgeteilt, daß nahezu die Hälfte der in Reußkoll anfallenden Gemüsefleinhändler ihren Gemüsebedarf nicht von der Gemüseversorgung der Stadt, sondern aus anderen Quellen beziehen. Die Stadt hat

